RosaLux

Journal der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

3_2007

Ausblick
Theoretische Grundlagenbildung
Neue Auslandsbüros der RLS

Nachhaltigkeit
Wie »grün« muss DIE LINKE sein?

Internationales
RLS in Indien und Nepal

Ansichten
Klaus Lederer zur Frage »Allheilmittel Staat?«

Krise der Privatisierung

Inhalt

Editorial 3

Rückblick
»Was kann ich selbst tun?« 4
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung intensiviert ihre Arbeit in Tschechien 5
Kurz notiert 5

Ausblick
Theoretische Grundlagenbildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung 6
Soziale Grundsicherung – nationale und internationale Dimensionen 6
Rassismus und Rechtsextremismus: Einblicke und Kontroversen 6
Neue Auslandsbüros der RLS 7
Ausgewählte Veranstaltungen 7

Nachhaltigkeit
Wie »grün« muss DIE LINKE sein? 8

Thema
Krise der Privatisierung 11
Privatisierung in der Krise? 12
Der Niedergang des Bahnwesens – Resultat einer (kapital)marktorientierten Neuvermessung der Deutschen Bahn 14
Wohnungsprivatisierungen weiter im Trend 16

Sehenswert
Kino der Wünsche 19

Stiftungsverbund
RosaLux in Stuttgart: 1907 und 2007 20
Mainopolis 21

Internationales
Die RLS in Indien und Nepal 22

Ansichten
Allheilmittel Staat? 25

Interview
»Probebohrungen in die Massive ästhetischer Kultur« 26

Studienwerk
Lass Dich fördern! 28

Lesenswert
Lafontaines Linke – ein Buch zur Fusion von PDS und WASG 29
Einfach leben – hüben wie drüben 29
DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? 30
Bourdieu und die Linke 31

IMPRESSUM

RosaLux
Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Erscheint vierteljährlich

Herausgeberin
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

Redaktion
Cengiz Barskanmaz, Murat Cakir (V.i.S.d.P.), Horst Helas, Lutz Kirschner, Peter Ostholt, Dorit Riethmüller, Marion Schütrumpf, Rainer Rilling, Mario Candeias und Sabine Nuss

Redaktionsschluss
21. September 2007

Satz & Layout
Heike Schmelter

Gesamtherstellung
MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung

Auflage
5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff

Bestellung
Karin Malingriaux
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
malingriaux@rosalux.de

Titelfoto
www.pixelio.de

Foto Seite 11
David von Behr/Pixelio

Nicht gekennzeichnete Fotos
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Printed in Germany, Oktober 2007
ISSN 1864-6794

Liebe Leserin, lieber Leser!

Seit Jahren prasseln auf uns unaufhörlich die Heilsbotschaften des Neoliberalismus nieder: Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung. Es sind die Botschaften einer Politik, die für weite Teile der Bevölkerung erhebliche Nachteile und massive Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen bedeutet.

Es kommt daher nicht von Ungefähr, wenn jetzt im Dreiklang des neoliberalen Umbaus Risse entstehen. Seit langem ist zu beobachten – so auch in der aktuellen Debatte um die Privatisierung der Deutschen Bahn –, dass die Mär von den »Effizienzgewinnen durch die Privatisierung« von vielen Menschen hinterfragt wird. Zu Recht sprechen kritische WissenschaftlerInnen von einer »Krise der Privatisierung«.

»Risse im Dreiklang des neoliberalen Umbaus«

Diese Entwicklung ist ein Thema der Politikanalyse und politischer Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Daher haben wir diese Ausgabe von **RosaLux** diesem Thema gewidmet. Mario Candeias, Rainer Rilling, Markus Euskirchen, Tim Engartner und Andrej Holm durchleuchten unter der Rubrik »Thema« die Hintergründe dieser Krise, bewerten Privatisierungen im Bahnwesen und Wohnungsbau und stellen das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung initiierte und unterstützte »ppg-netzwerk« vor. Der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Berlin, Klaus Lederer, geht der Frage »Allheilmittel Staat?« nach und stellt seine Ansichten dar.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber nicht verhehlen, dass ich besonders erfreut bin, unseren früheren Stipendiaten Andrej Holm als Autor zu gewinnen. In einem sehr umstrittenen Verfahren war er verhaftet und nach Protesten wieder freigelassen worden. Gerade in seinem Fall wurde deutlich, wie sehr für die kritische Gesellschaftsanalyse die Gefahr besteht, vom »Terrorismusverdacht« erfasst zu werden. Für unsere Stiftung belegt dieser Fall, wie wichtig es ist, an der Losung Rosa Luxemburgs »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« festzuhalten und sich für die Bewahrung der hohen Freiheitsgüter unseres Grundgesetzes einzusetzen.

Auch in dieser Ausgabe von **RosaLux** stellen wir den Leserinnen und Lesern die vielfältigen Aktivitäten unserer Stiftung vor: Kurzberichte über in- und ausländische Veranstaltungen, ausgewählte Veranstaltungshinweise, Informationen über unsere Publikationen, unser Studienwerk u. v. a. m. So wollen wir beispielsweise mit dem Bericht über die Veranstaltung »Wie ›grün‹ muss DIE LINKE sein?« aufzeigen, welchen Stellenwert das Thema Nachhaltigkeit in der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung einnimmt.

Ans Herz legen möchte ich Ihnen auch das Interview mit dem ehemaligen Berliner Kultursenator und unserem heutigen Vorstandsmitglied Thomas Flierl. In seinem Gespräch erläutert Thomas Flierl unsere Pläne zur Schaffung eines »Kulturforums der Linken in der Rosa-Luxemburg-Stiftung« und welche »Probebohrungen« wir »in die Massive ästhetischer Kultur« vornehmen wollen.

Beispielhaft für die internationale Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist auch der Bericht von Britta Becker und Jörg Schultz über unsere Aktivitäten in Indien und Nepal. Wir meinen, dass sich die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit 10 Projektpartnerorganisationen seit 2002 durchaus sehen lassen können.

Kurzum, **RosaLux** zeigt Ihnen einen kleinen Ausschnitt aus unserer Arbeit, mit der wir Ihr Interesse an der Rosa-Luxemburg-Stiftung wecken wollen. Dies ist jedoch die letzte Ausgabe in diesem Jahr. Die nächste ist schon in Arbeit und wird mit dem Schwerpunktthema »1968 in internationaler Dimension« im Januar 2008 veröffentlicht. Bis dahin wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Spaß bei der Lektüre von **RosaLux.**

Evelin Wittich

Dr. Evelin Wittich, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung

G8-Demonstration in Rostock

»Was kann ich selbst tun?«

Bürgernahe politische Bildung bei den G8-Protesten

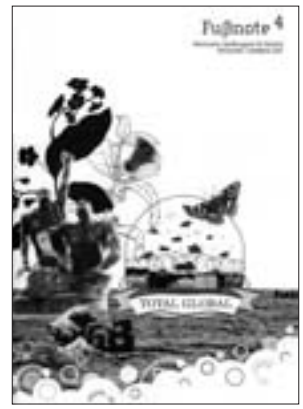
Wie würden Sie sich bei einer G8-Blockade verhalten? Die Straße räumen, wenn die Polizei anrückt? Sitzen bleiben? Widerstand leisten, eine Verhaftung riskieren? »Wie weit will ich gehen?« heißt das Spiel, die meisten TeilnehmerInnen hier haben bisher noch nie an einer Blockade teilgenommen. Für jede Stufe der Eskalation, die sie sich zutrauen, gehen sie einen Schritt weiter in den Raum. Am Ende entsteht für alle ein plastisches Bild der Protestformen und ein Ausgangspunkt für spannende Diskussionen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage: »Was kann ich selbst tun?«

Die Begleitung der G8-Proteste in Rostock und Heiligendamm war eines der großen Projekte der RLS in diesem Jahr. Im Zentrum des Interesses stand dabei diesmal nicht die inhaltliche Beteiligung, sondern der Versuch, die Vorbereitungen der sich formierenden Protestbewegung mit Angeboten »bürgernaher« politischer Bildung zu begleiten. Das geschilderte Blockade-Spiel stammt aus einer Infotour durch 20 Orte. Es zeigt, mit welchen ungewöhnlichen Mitteln gearbeitet werden muss, wenn die Zielgruppe einmal nicht politisch Aktive sind, sondern Menschen, die zum ersten Mal an einer Demonstration teilnehmen wollen, weil sie in ihrer Nachbarschaft stattfindet.

»Popular Education« nennt sich das Bildungskonzept, in dem versucht wird, vorhandenes Wissen der Gruppe zu nutzen statt Vorträge zu halten, das sich an den konkreten Problemen und Handlungsmöglichkeiten der TeilnehmerInnen orientiert statt an Theorien. Die Stiftung hat diesen Ansatz für viele ihrer eigenen Veranstaltungen im Rahmen der G8-Begleitung genutzt, Bildungsprojekte mit dieser Zielsetzung unterstützt und zwei Tagungen durchgeführt, um das Konzept in der linken politischen Bildung stärker zu verankern. Ergänzt wurde dieser bürgernahe Schwerpunkt durch ein breites Veranstaltungsprogramm in Kooperation mit den Landesstiftungen und externen Partnern: Mobilisierungen, Seminare und Aktionstrainings wurden gefördert sowie zahlreiche Bildungsmaterialien und Medienprojekte.

Zu dem großen Erfolg, als der die G8-Proteste – trotz der Gewalteskalation der ersten Demonstration – von TeilnehmerInnen und Medien wahrgenommen wurden, hat auch die Arbeit der Stiftung vor und während des Gegengipfels beigetragen. Wie andere Akteure – etwa attac – war die RLS dabei nach ihrer deutlichen Distanzierung von Gewalt als Protestform erheblicher Kritik ausgesetzt. Die für die Linke stets schwierige Gewaltdebatte wurde kurz nach der Protestwoche in einer gut besuchten Diskussionsveranstaltung aufgegriffen, aus deren Beiträgen gerade ein Buch entsteht. Wichtig für die langfristige Arbeit der Stiftung waren zugleich die Erfahrungen mit dem neuen bürgernahen Bildungsansatz, der in Zukunft stärker in unserem Bildungsprogramm präsent sein wird.

Die Dokumentation der Begleitung des G8-Gipfels: www.rosalux.de/cms/index.php?id=g8gipfel07



Von der RLS gefördert: Die G8-Ausgabe des alternativen Stadtmagazins »Fußnote«

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung intensiviert ihre Arbeit in Tschechien

Am 22. Juni 2007 fand in Prag ein gemeinsames Seminar von SPED und der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die europäische Linke, ihre gegenwärtige Situation, ihre Perspektiven und Fragen ihrer Zusammenarbeit statt. Es nahmen Vertreterinnen und Vertreter der KP Böhmens und Mährens, der KP der Slowakei, der Grünen, der Sozialdemokratie, des Sozialistischen Arbeitskreises sowie Wissenschaftler teil. Ein so breites Spektrum an Diskutanten wurde bisher bei vergleichbaren Veranstaltungen nicht erreicht. Gast von der Partei DIE LINKE aus Deutschland war Bodo Ramelow, der über den Prozess der Bildung, die augenblickliche Situation und die Ziele der neuen Partei berichtete. In der Diskussion kamen vor allem auch die Entwicklungsprobleme der Linken in Tschechien zur Sprache und die Notwendigkeit eines intensiveren Austausches unter ihnen mit Bezug auch auf europäische linke Parteien und die Europäische Linkspartei. In der KP Böhmens und Mährens gibt es offenbar Bestrebungen, die Diskussionen über ihr Verhältnis zu den europäischen Linken zu intensivieren. Besonders bedeutsam wird in diesem Zusammenhang ein für das Jahr 2008 geplanter Parteitag sein. Für die europäische Linke könnte die KP Böhmens und Mährens ein strategischer Partner in Osteuropa sein.

Die Veranstalter des Seminars haben sich darauf verständigt, ihre Bildungsarbeit zu intensivieren und sowohl zu Fragen der europäischen Linken als auch zu Problemen der gemeinsamen Geschichte Arbeit zu leisten. Das Seminar war aus der Sicht der Veranstalter wie auch der meisten Teilnehmer sehr erfolgreich. Es wurde angeregt, zu den folgenden Veranstaltungen noch breiter einzuladen z. B. auch Organisationen der Feministinnen, Schwuler, Lesben, Gewerkschafter und anderer Linker.

Ein so breites Spektrum an Diskutanten wurde bisher bei vergleichbaren Veranstaltungen nicht erreicht.

Parallel zum Seminar tagte die Vorbereitungsgruppe für den Parteitag der Europäischen Linkspartei im November in Prag. Dieser Parteitag ist offenbar auch für die Linken in Tschechien und der Slowakei Anlass, sich über ihre Rolle in Europa zu verständigen.

Kurz notiert

transform!

Seit September 2007 ist der europäische Blätterwald um ein europäisches Journal für alternatives Denken und politischen Dialog reicher geworden. Die Zeitschrift »transform!« wird von dem Netzwerk »transform! Europe e. V.«, in der auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Mitglied ist, herausgegeben. »Transform!« erscheint zwei Mal im Jahr auf Englisch und umfasst rund 200 Seiten. Die Zeitschrift richtet sich primär an PolitikerInnen und ExpertInnen linker Europapolitik. Jedes Heft widmet sich einem Hauptthema und enthält Informationen über die Entwicklung der Linken in Europa sowie über die Arbeit des Netzwerks Transform Europe. Das erste Heft trägt den Titel »Refounding the European Union« und kann über die Rosa-Luxemburg-Stiftung bezogen werden.

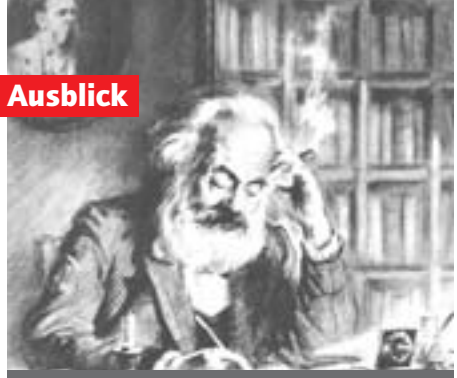
Ökonomisches Wörterbuch

Demnächst wird es auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine neue Rubrik geben – das Ökonomische Wörterbuch. Hier sollen regelmäßig Begriffe, die in der laufenden Diskussion eine Rolle spielen, vorgestellt und einer eigenen Interpretation und Kritik unterzogen werden. Die Beiträge werden danach in einem eigenem Bereich weiter verfügbar sein und ständig aktualisiert.

dietz berlin

Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung treuhänderisch verwaltete Michael-Schumann-Stiftung hat alle Geschäftsanteile der 1946 gegründeten Karl Dietz Verlag Berlin GmbH erworben. In dem Traditionsverlag werden die Marx-Engels-Werke (MEW) und von Rosa Luxemburg sowohl die Werk- als auch die Briefausgabe ediert und fortgesetzt.

Der Karl Dietz Verlag Berlin, der zugleich Hausverlag der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist, hat darüber hinaus ein Sachbuchprogramm zu Politik und Zeitgeschichte entwickelt, zu dem auch Biographien und Porträts gehören. Veröffentlicht wurden bisher Bücher u. a. über Felicia Langer, Gerry Wolff und Gerhard Gundermann.



Theoretische Grundlagenbildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Seit Oktober 2006 werden in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Kapitallesekurse und ergänzende Diskussionsveranstaltungen – sogenannte Satellitenseminare – angeboten. Die Lesekreise finden wöchentlich statt, die Satellitenseminare etwa vier Mal im Jahr. Von den TeilnehmerInnen werden keine Vorkenntnisse verlangt. Die TutorInnen, die durch die Lesekurse führen, geben keine allgemeingültigen Interpretationsweisen des Textes vor. Vielmehr werden die TeilnehmerInnen mit den historisch und auch aktuell verschiedenen Lesarten vertraut gemacht.

Termine der Satellitenseminare

- 26. November 2007, 19.30 Uhr
- **Rosa Luxemburg im Anschluss an den 2. Band**
  Textdiskussion mit Ingo Stützle
- 10. Dezember 2007, 19.30 Uhr
  Akkumulation durch Enteignung – Rosa Luxemburg im Anschluss an Marx bis zu David Harvey
  Vortrag und Diskussion mit Michael Krätke, Universität Amsterdam
- 11. Februar 2008, 19.30 Uhr
  Über die Entstehungsgeschichte des Kapitals
  Mit Rolf Hecker, Mitarbeiter an der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)

Veranstaltungsort
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Raum 739
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Kontakt und Anmeldung
Dr. Sabine Nuss, Tel. 030 44310-448
nuss@rosalux.de

Soziale Grundsicherung – nationale und internationale Dimensionen

17. November 2007, 10–19 Uhr, Hamburg
Veranstaltung des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mit nationalen und internationalen Dimensionen der sozialen Grundsicherung befasst sich eine Tagesveranstaltung des Studienwerks, die am 17. November in Hamburg stattfindet. Ausgangspunkt ist dabei die Frage nach der politischen Dimension von sozialer Grundsicherung/Grundeinkommen für die Linken. Debatten zum Grundeinkommen werden mittlerweile bis weit in christdemokratische Kreise hinein geführt, worin besteht aber die Dimension des Themas unter den Linken? Die Veranstaltung öffnet sich auch der internationalen Diskussion, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik, und will am Beispiel von Venezuela zeigen, inwieweit die medizinisch-gesundheitliche Grundversorgung in die Grundsicherungsdebatte integriert ist. Und natürlich geht es auch um ganz praktische Dinge der Politik der Linken, wie den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) – welche Perspektiven eröffnet er, welche Gestaltungsmöglichkeiten hat die Partei DIE LINKE in einer Koalitionsregierung.

Raum bitte erfragen! Kontakt: Dr. Hella Hertzfeldt, hertzfeldt@rosalux.de

Rassismus und Rechtsextremismus: Einblicke und Kontroversen

27. Oktober 2007, 10–19 Uhr, Köln
Veranstaltung des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Am 27. Oktober führt das Studienwerk eine Tagesveranstaltung zum Thema »Rassismus und Rechtsextremismus: Einblicke und Kontroversen« durch. Dabei geht es um aktuelle Entwicklungen und ihre Bewertung. So sollen der Antikapitalismus des Rechtsextremismus ebenso wie seine Haltung zum Neoliberalismus kritisch hinterfragt werden. Mit staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus am Beispiel der Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften befassen sich zwei Beiträge, deren Grundlage die Arbeit an Dissertationen darstellt. Sie haben Flüchtlingslager in der Bundesrepublik und in Ländern an den EU Außengrenzen untersucht und werden ihre Forschungsergebnisse vorstellen. Ein weiter Beitrag beschäftigt sich mit dem Feindbild Islam. Gegenstrategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus bilden den Fokus der abschließenden Podiumsdiskussion, bei der Praxisbeispiele vorgestellt gemeinsam Alternativen angedacht werden sollen.

Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln
Kontakt: Dr. Hella Hertzfeldt, hertzfeldt@rosalux.de

Foto: Marcin Kempski

RLS eröffnet neue Büros in Nahost, Asien und Brüssel

Es war 2000, als die Rosa-Luxemburg-Stiftung begann, erste Projekte im Ausland durchzuführen. Bereits drei Jahre später wurden die ersten regionalen Büros in Warschau (Mittelosteuropa), Johannesburg (südliches Afrika), Sao Paulo (Südamerika) und Moskau (Postsowjetischer Raum und Zentralasien) eröffnet.

Seit Anfang diesen Jahres, 2007, wird eine zweite Generation von Auslandsbüros eingerichtet. Die Büroeröffnung in Mexiko, zuständig für Mexiko, Zentralamerika und Kuba, wird noch vor Jahresende stattfinden. 2008 will die Rosa-Luxemburg-Stiftung in fünf weiteren Ländern mit Büros vertreten sein, in Israel und den palästinensischen Gebieten, in China und Vietnam. Ein Büro in Brüssel stellt über einen Nord-Süd-Dialog die Brücke zu Europa dar.

Jede Repräsentanz der Stiftung vor Ort bedeutet einen qualitativen und quantitativen Sprung in der Arbeit, mehr Mitgestaltung und Erfahrungsaustausch zwischen Menschen, deren Engagement einer solidarischen Welt gehört. Dafür gilt es zu wachsen – in die Breite und in die Tiefe.

In diesem Sinne engagieren wir, die KollegInnen des Bereiches Ausland, uns in der Stiftung. Wir freuen uns auf die zukünftigen Büroleiter und Büroleiterinnen für Palästina, Israel, Vietnam, China und Brüssel, die sich in den nächsten Monaten in der Zentrale auf ihren Auslandseinsatz vorbereiten. Über die Arbeit der Büros werden wir Sie auch in den nächsten Ausgaben auf dem Laufenden halten und vielleicht haben Sie ja in dem einen oder anderen Land die Gelegenheit, in unseren Büros vorbeizuschauen und an einer der vielen interessanten Veranstaltungen teilzunehmen. Für unsere Partner und Gäste stehen die Türen immer offen und wir freuen uns über alle, die uns in unserem Engagement unterstützen.

Ausgewählte Veranstaltungen

Seminar
1. November 2007
Der Weg zum Präventivstaat durch Schäubles Feindrecht
Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung erhält die bürgerliche Rechtsstaatlichkeit eine »neue Sicherheitsarchitektur«.
Zentrales Moment ist die Aufhebung der Trennung von »innerer« und »äußerer Sicherheit«.
Welche Feindbilder liegen dieser Politik zugrunde?
Wer hat die Definitionsmacht?
Woher kommt die Gewalt?
Mit: Prof. Dr. Andreas Fisahn, Prof. Dr. Erol Yildiz, Rainer Nickel, Hugo Braun, Angela Klein, Sabine Leidig, Horst Schmitthenner, Peter Bathke, Thies Gleiss und den Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Jan Korte.
Veranstaltungsort: Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Tel. 0203 3177392, post@rls-nrw.de

Workshop
10. November 2007
Privatisierungen wieder rückgängig machen?
Die Welle der Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen ist noch längst nicht abgeklungen. Dennoch gibt es Beispiele dafür, dass einzelne Städte und Gemeinden ihre früheren Entscheidungen zurücknehmen und Dienstleistungen wieder unter ihr kommunales Dach holen.
Mit: Robert Kösling und Dr. Klaus Lederer
Veranstaltungsort: Hamburg-Haus, Doormannsweg 12, 20259 Hamburg
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg, Tel. 040 29882435, info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Workshop
16. bis 18. November 2007
Gewerkschaftspolitischer Workshop
Armut trotz Arbeit, fortgesetzte Reallohnverluste, längere Arbeitszeiten und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – Was können die Gewerkschaften dagegen setzen?
Ferner wird im Rahmen des Workshops ein Tagesseminar zum Thema: Wer aber sind die »Heuschrecken«? angeboten.
Für Getränke, ein Mittagessen und Seminarunterlagen ist am Samstag, den 17. November ein Beitrag von 15 Euro erwünscht. Wenigverdiener zahlen einen ermäßigten Beitrag.
Mit: Michael Schlecht, Conrad Schuhler u. a.
Veranstaltungsort: Villa Leon, Schlachthofstr./Philipp-Koerber-Weg 1, 90439 Nürnberg
Kontakt: Regionalbüro Bayern der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tel. 089 51996353, kev@kurt-eisner-verein.de

Diskussion
20. November 2007
Europa: Integration – Menschenrecht oder Gnadenakt?
In der Reihe »Baustelle Europa« diskutieren Bosiljka Schädlich, Geschäftsführerin des Vereins Südeuropa Kultur e. V. und die Europaabgeordnete Feleknas Uca mit der Moderatorin Bärbel Romanowski über die Frage: »Ist die EU auf dem Weg, ein Hort der Menschenrechte zu werden oder sprechen das Fehlen einer Sozialunion und Demokratiedefizite in ihren Grundstrukturen gegen diese Hoffnung?«
Veranstaltungsort: Konferenzraum der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Kontakt: RLS, Tel. 030 44310-121, weichold@rosalux.de

Diskussion
21. November 2007
Was steckt hinter den »Heuschrecken«?
Seit Mitte der 70er Jahre verändert sich das kapitalistische Weltsystem rapide. Aktionäre versuchen sich den gesamten Ertrag der Gesellschaft anzueignen. Joachim Bischoff, Ökonom und Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus« zeigt auf, wie dieses System funktioniert und wie sich die Vorherrschaft dieser Shareholder herausgebildet hat. Er erläutert die Probleme, die damit verbunden sind und welche realistischen Alternativen angestrebt werden können.
Veranstaltungsort: Treffpunkt St. Georg, Zimmerpforte 8, 20099 Hamburg
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg, Tel. 040 29882435, info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Diskussion
5. Dezember 2007
Wilde Streiks – Bundesdeutsche Arbeitskämpfe in den »68er Jahren«
Die »68er Jahre«: Das waren in Westeuropa auch Millionen Streikende. Obwohl es zunächst nicht danach aussah, nahmen 1969 mit den Septemberstreiks auch in der BRD die Arbeitskämpfe zu. In den Jahren darauf kam es zu zahllosen wilden Streiks. Welche Vorgeschichte hatten diese Streiks? Gab es auch in der BRD so etwas wie einen »proletarischen Mai«? Was sollten die wilden Streiks erreichen und was haben sie erreicht?
Mit: Dr. Peter Birke
Veranstaltungsort: Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg, Tel. 040 29882435, info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Informationen über weitere Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website: www.rosalux.de

Evelin Wittich

Wie »grün« muss DIE LINKE sein?

Konferenz am 12. Mai 2007 in Berlin

DIE LINKE ist im Augenblick nicht so recht grün und die Grünen nicht so recht links, meinte Joachim Spangenberg[1] in seinem Konferenzbeitrag und verwies damit auf das zentrale Problem: Die neue LINKE braucht ein sozial-ökologisches Profil, das weit über jenes hinausgeht, das der Linkspartei.PDS in der Öffentlichkeit zuerkannt wird. Die Veranstalter der Konferenz[2] waren fest entschlossen, die dazu nötigen Diskussionen anzustoßen und werden sie auch künftig nicht dem Zufall überlassen. Wie nötig mehr Klarheit zu dieser Thematik ist, zeigten schon die Debatten im Vorfeld. Denn der Titel der Konferenz führte bereits bei der Planung durch den Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Kontroversen. Zunächst hieß es »Wie grün darf DIE LINKE sein?«. Doch diese Frage schien den meisten zu defensiv, weshalb wir uns dann auf »Wie grün »muss« DIE LINKE sein« einigten. Ulrike Hermann von der TAZ kritisierte in ihrem Beitrag auch diesen Titel, machte aber den meines Erachtens besten Vorschlag. Sie fand, dass die interessierte Öffentlichkeit doch eher dann aufmerksam wird, wenn die DIE LINKE selbst sagt, wie grün sie sein will und was sie damit verbindet.

Immerhin fühlten sich 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Titel und Programm angesprochen und kamen trotz herrlichen Frühlingswetters in die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ging es doch ihrer Meinung nach um einen wesentlichen Teil des Selbstverständnisses der neuen LINKEN, um ein Stück ihrer Zukunftsfähigkeit.

Gesine Lötzsch stellte in ihrer Eröffnungsrede fest, dass der Klimawandel in aller Munde ist und alle Parteien politische Lösungen anbieten. Für DIE LINKE ist die Bildung der neuen Partei Anlass, der Umweltpolitik einen neuen Stellenwert zu geben, ihr umweltpolitisches Profil klar herauszuarbeiten. Im Mittelpunkt steht dabei, Umweltpolitik mit Sozialpolitik zu verbinden, internationale Solidarität mit den Opfern des Klimawandels zu üben und Friedenspolitik als Bestandteil von Umweltpolitik hervorzuheben. Die Partei Bündnis90/Die Grünen hat große Verdienste in der Umweltpolitik und ihr wird zu Recht Kompetenz auf diesem Gebiet zuerkannt. Allerdings haben die Grünen in den Umweltdebatten in letzter Zeit bewiesen, dass sie eine marktfixierte Umweltpolitik betreiben und keinen Wert auf soziale Fragen legen, dass sie die Diskussion von sozialen im Zusammenhang mit ökologischen Problemen ablehnen. Für die Politik der Linken wird eine klare sozial-ökologische Orientierung maßgebend sein und sie wird das Motto der Umweltbewegungen im Rahmen des Weltsozialforums »Kein grüner Frieden ohne sozialen Frieden« ernst nehmen. Eva Bulling-Schröter zitierte in ihrem Beitrag die Frankfurter Rundschau, die die Linkspartei.PDS laut einer Umfrage zur vermuteten Kompetenz in puncto Klimapolitik »mit Null Punkten sogar als klimapolitischen Totalausfall« sieht. Dabei habe sich die Fraktion zum Klimawandel ein Bein ausgerissen: verschiedene Themen wurden von ihr angesprochen wie z. B. der Emissionshandel. Die Medien nehmen das allerdings nicht wahr. Und das ist nicht nur Faulheit. Die Grünen haben hier die Deutungshoheit. Diese Exklusivität haben sie sich erarbeitet. DIE LINKE stellte einen sehr erfolgreichen Umweltminister in Mecklenburg/Vorpommern. Wenn im Berliner Wahlkampf kein Wort zur Umweltpolitik zu lesen war, so war das nicht nur ein grandioser Managementfehler, sondern zeugt von dem allgemeinen Umgang in der Partei mit der Umweltpolitik. Optimistisch stimmt jedoch, dass es nie so viel Bewegung in der Linkspartei dazu gab wie in den letzten zwei Jahren. Zahlreiche Anhörungen, Anträge, Anfragen hat DIE LINKE veranlasst. Allerdings sollte auch die Politik der Grünen kritisch betrachtet werden. Viele Grüne leiden darunter, dass maßgebende Mitglieder der Partei sich nicht mehr für soziale Ungerechtigkeit interessieren. DIE LINKE aber ist keine Alternative, weil sie in der Gesamtsicht noch ein umweltpolitisches Profil vermissen lässt.

»Grün« ist kein Luxus-Programm, sondern elementarste Daseinsvorsorge. DIE LINKE muss daher »grün« sein. »Grüne« Daseinsvorsorgen und die damit verbundenen Wandlungen und Einschränkungen lassen sich nur etablieren, wenn sie gleichzeitig zu mehr sozialer Gleichheit führen. Eine derart integrative Politik kann nur DIE LINKE leisten.

Ulrich Schachtschneider, Standpunkte 07/2007

Nirgendwo wird es so offensichtlich wie bei der Klima- und Energiepolitik, dass das kapitalistische Herrschaftssystem an seine Grenzen stößt. In der Energiewende liegt beachtlicher sozialer Sprengstoff. Ein Verteilungskampf um schrumpfende Ressourcen ist zu erwarten. Deshalb sind erneuerbare Energien nicht nur wichtig im Kampf gegen den Klimawandel, sondern auch gegen die Zuspitzung der sozialen Kämpfe. Energienutzung darf für Arme nicht zum Luxus werden. Und es ist möglich, dass die Energiepreise so

Erneuerbare Energien sind nicht nur wichtig im Kampf gegen den Klimawandel, sondern auch gegen die Zuspitzung der sozialen Kämpfe.

© totalwerbung

ansteigen dass soziale Gerechtigkeit immer weniger realistisch wird. Die Photovoltaik kostet mehr als traditioneller Strom und weiter steigende Kraftstoffpreise sind durchaus real. Es geht darum, erneuerbare Energien bezahlbar zu machen. DIE LINKE muss den Kampf gegen die neoliberalen Entwicklungen führen für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, für Frieden und gegen die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen.

In den Redebeiträgen und der Diskussion wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen die beantwortet werden müssen, um diese Ziele zu erreichen: Welche Art von Wohlstand wollen wir in Zukunft haben? Welches Wachstum kann überhaupt nachhaltig sein? Umweltpolitik ist nur zu machen, wenn man auch über Technologiepolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Finanzpolitik, Friedenspolitik redet. Alle Politikfelder müssen ökologisch durchgearbeitet werden. Nötig seien politische Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, dass die Ressourcenproduktivität schneller wächst als der Ressourcenverbrauch. Es werden neue Arbeitsplätze gebraucht und Arbeitszeitsenkungen, wobei die Produktivität pro Kopf langsamer wachsen sollte als das Wachstum insgesamt. Nachhaltigkeit ist eine große Herauforderung für das System der Institutionen einer Gesellschaft und immer wieder ist zu fragen: Wo liegen die Hauptprobleme unseres Gemeinwesens?

Und: Wer auf politischen Erfolg reflektiert sollte nicht vergessen, dass man ohne Umweltpolitik auch Wahlen verlieren kann.

Mit der mangelhaften Außenwirkung der LINKEN bei ökologischen Themen beschäftigte sich Ulrike Hermann von der taz. Medienunfreundliche Internetauftritte sowie thematisch ungeordnete Presseinformationen wurden als mangelndes Handwerkszeug im Umgang mit Medien kritisiert. Wesentlich sei aber, dass die Spitzenpolitiker in dem Ruf stehen, sich für diese Themen nicht zu interessieren. Besonders medienwirksam wäre natürlich ein handfester Streit zwischen Lafontaine und Gysi zu dieser Thematik, meinte sie augenzwinkernd. Ernsthafte Behandlung von Umweltthemen schließt die Problematik von Verzicht ein, was keine Partei gern verbreitet. Hinzu kommt der Verdacht, unter dem DIE LINKE häufig steht: Sie unterbreite unfinanzierbare Vorschläge.

Zu den selbst gemachten Problemen gehört die Rhetorik der Defensive. Viel zu häufig wird gesagt, was man nicht will. Wo sind die kraftvollen und schlauen Projekte? Begriffe müssen besetzt werden wie es Heiner Geißler empfiehlt und praktiziert.

Es gibt aber auch beachtliche Chancen für DIE LINKE, stellte Ulrike Hermann fest, denn die Debatte hier ist sehr intelligent.

Auch bei der Umweltpolitik ist es nicht egal, wer regiert, betonte Wolfgang Methling.[3] Die Mitwirkung in einer Landesregierung war eine große Chance, ökologische Kompetenz der PDS bekannter zu machen und Partner zu gewinnen sowie der Umweltpolitik in der PDS einen größeren Stellenwert zu geben. Die Linkspartei ist auch eine ökologisch orientierte Partei. Bei denen, die ihre Kompetenz beurteilen können, wird sie zunehmend geschätzt. Mit Bezug zu Frau Herr-

DVD mit einer kompletten Dokumentation der Konferenz
mit Filmmaterial und weiteren Text- und Bilddateien

Bestellung bei:
Sabine Nuss
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Telefon 030 44310-448
nuss@rosalux.de

Wie »grün« muss DIE LINKE. sein?

LINKE. Umweltpolitik in der Praxis
Eine grüne Bilanz – Stellung der Umweltpolitik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern

Podiumsdiskussion
Windmüller und Kohlekumpel
LINKE. Energiepolitik im Widerstreit der Interessen

mann forderte er: »In der Linkspartei müssen die Spitzenleute ökologische Themen vertreten oder Ökologen müssen Spitzenleute in der Partei werden.«

Katrin Lompscher, seit Kurzem Umweltsenatorin in Berlin sieht für sich die Herausforderung, Ansätze für Umweltpolitik zu entwickeln und die Ressourcen der Regierung dafür zu nutzen. Es ist wichtig in der Regierung zu sein, um verstärkt Kompetenz zu entwickeln und Erfahrungen zu sammeln. In der Partei gibt es kleine ökologisch hochkompetente Kreise, die aber nicht breit verankert sind. Erfolge und Niederlagen hier werden von der Partei eher selten als eigene verzeichnet. Die Partei neigt zu wohlwollendem Desinteresse bei ökologischen Politikangeboten. Wie Wolfgang Methling bekräftigte sie den Nachhaltigkeitsansatz bei der Umweltpolitik, der allerdings auch häufig kritisiert wird, weil er als zu wenig avantgardistisch angesehen wird. Intensive Diskussionen gab es mit ihr und Harald Wolf[4] zur Verstaatlichung des Stromnetzes in Berlin, zum Neubau von Kohlekraftwerken, zu neuen technologischen Lösungen für alternative Energiequellen und deren Bezahlbarkeit durch sozial Benachteiligte.

Man war sich einig, dass in Wahl- und Strategiepapieren der Partei Umweltpolitik vorhanden ist, aber nicht mit anderen Politikansätzen verknüpft wird.

Tilman Heuser, Geschäftsführer des BUND Berlin stellte die Frage, was grüne Politik eigentlich sei? Machen die Grünen grüne Politik oder etwa gelb-blaue? Selbst Schwarze machen jetzt auch grüne Politik. Von der Linken erwarte man ein anständiges Konzept für eine ökologisch-soziale Politik mit Verteilungsgerechtigkeit. Gering Verdienende können Klimaschutz nicht bezahlen und brauchen Unterstützung durch die Politik. Angestoßen durch Brigitte Schmidt vom Solarzentrum in Wietow wurde darüber diskutiert, inwieweit neue Entwicklungen bei erneuerbaren Energien für sozial Schwache geeignet sind und darüber, dass eine Zusammenarbeit der Ressorts Umwelt, Wirtschaft und Soziales im Berliner Senat hier neue Lösungen ermöglichen würde. Z. B. könnte die Sozialsenatorin Energiesparlampen für sozial Schwache in der Finanzierung unterstützen.

Thomas Nord[5] setzte sich mit der Frage auseinander, welche Energieversorgungsalternativen für Brandenburg tatsächlich tragfähig sein können und wie ein Ausstieg aus der Braunkohle sozial verträglich zu gestalten sei. Hans-Kurt Hill schilderte die analoge Situation im Saarland, dass sicher weiter Kohle verstromt werde und ein schrittweiser, langfristiger Ausstieg hier mit einer Erweiterung im Maschinenbau in Verbindung stehen müsse. Zentrales Ziel ist aber bei allen Konzeptionen eine 50 %ige Einsparung von Energie.

Im Verlauf der Konferenz wurde eine Fülle von Fakten, Zusammenhängen und Vorschlägen für eine sozial orientierte Umweltpolitik diskutiert, die hier nicht annähernd wiedergegeben werden kann. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat deshalb eine CD mit einer Dokumentation der Konferenz bereit gestellt. Klar ist für die Veranstalter und viele Akteure, Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass diese Diskussionen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgesetzt werden z. B. bezogen auf theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung, zu wirksamen Instrumenten für eine Politik des sozial-ökologischen Umbaus und zu praktischen Beispielen.

Dr. Evelin Wittich ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Joachim Spangenberg ist Vizepräsident des Sustainable Europe Research Institute, SERI
2 Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Bundestagsfraktion DIE LINKE.
3 Wolfgang Methling war 8 Jahre Umweltminister für die Linkspartei.PDS in Mecklenburg/Vorpommern
4 Harald Wolf ist Senator für Wirtschaft und Frauen in Berlin
5 Thomas Nord ist Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg

Krise der Privatisierung

Mario Candeias, Rainer Rilling

Privatisierung in der Krise?

Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung – der Dreiklang neoliberaler Modernisierung. Die Enteignung und Inwertsetzung gesellschaftlichen Eigentums war dabei wesentliches Element zur Erschließung neuer Anlagesphären für überschüssiges Kapital und private Bereicherung. Angesichts der sozialen Verheerungen dieser Aneignungpolitiken – Ausdünnung öffentlicher Beschäftigung, Umwandlung von regulären in prekäre Arbeitsverhältnisse, Verteuerung notwendiger ehemals erschwinglicher öffentlicher Dienstleistungen, Einschränkung sozialer Rechte und demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten – als Preis für z.T. bessere und »effizientere« Leistungen für die, die es sich leisten können, wird der Ruf nach Schutz vor intensivierter Konkurrenz, nach Regulierung, staatlicher Kontrolle laut. Insbesondere der Ausverkauf des Öffentlichen stößt mittlerweile auf wachsenden Protest. Nicht nur für die traditionelle Linke, auch für Konservative überall in Europa wird statt der Freiheit privater Eigentümer der »Staat wieder chic«, jammert die FAZ (5.8.07, 32). Mit Bezug auf die allgemeinen Reproduktionsbedingungen bzw. wesentliche soziale Infrastrukturen wie Gesundheit, Bildung, Energie, Wohnen, Wasser und Transport befürwortet eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung öffentliches Eigentum, Beispiel Deutsche Bahn. Aber »nein, nicht die Privatisierung ist falsch«, klagt der Neoliberale, es wurde »nur manchmal falsch privatisiert« (ebd.). Der Ton ist defensiv, gedämpft, voller Unverständnis.

Einst fand die Politik der Privatisierung breite Unterstützung, weil sie die Wiederherstellung von Effizienz angesichts des maroden Zustandes vieler öffentlicher Einrichtungen versprach, ebenso wie Kosten- und damit Preissenkungen, eine neue Wahlfreiheit der Konsumenten durch Vielfalt der Anbieter und Produkte, sowie die Lösung der öffentlichen Haushaltskrisen durch Veräußerungsgewinne. Die Versprechen wurden nicht eingehalten: die Ausdünnung von Dienstleistungen hat die Rede der Effizienzgewinne durch Private als Mythos entlarvt; statt Kostensenkung gibt es höhere Preise bei Energie, Gas, Wasser, Gesundheit; die neue Wahlfreiheit wird als intransparentes Tarifchaos erlebt, hinter dem doch nur einige wenige, z.T. oligopolistisch organisierte Anbieter stehen; und auch die Krise der öffentlichen Finanzen wurde nur in Einzelfällen kurzfristig durch Privatisierungserlöse gelindert, in der Regel führt der Verkauf des »Tafelsilbers« insbesondere in den Kommunen zu langfristigen Einnahmeausfällen bzw. hohen Folgekosten; allzu häufig beförderte Privatisierung massiv die Korruption. Die dürre Wirklichkeit führt zu einer neuen »Privatisierungs-Verdrossenheit«, belebt zugleich politisches Engagement dagegen wie auch die direkte Demokratie. Über 160 Bürgerbegehren gegen Privatisierung wurden in Deutschland initiiert, immerhin 32 hatten Erfolg. Doch sogar ein erfolgreicher Volksentscheid wurde in Hamburg vom Senat ignoriert.

Auf den ersten Blick scheint die große Zeit der Privatisierung am Ende.

Es gibt also eine veritable Legitimationskrise der Privatisierung. Sie nährt sich nicht zuletzt aus den zahlreichen fehlgeschlagenen Privatisierungen der Vergangenheit: am bekanntesten sicher das Desaster bei der englischen Bahn, dessen Netz am Ende wieder vom Staat übernommen wurde. Immer häufiger kommt es zu Deprivatisierung bzw. Rekommunalisierung von Müllabfuhr, Wasserwerken, Stromnetzen oder Wohnungen. Immerhin jede zehnte Stadt plant Privatisierungen wieder rückgängig zu machen. Dabei werden auch die Erwartungen der Investoren enttäuscht, die vom Wirbel und manchmal heftigen Widerständen überrascht sind, um Image und Profite fürchten. Zwar verkauften in den vergangenen Jahren Kommunen ganze Bestände städtischer Wohnungen an große internationale Private Equity Fonds, die versprachen sich langfristig zu engagieren, soziale Standards zu beachten und dennoch die Rendite zu vervielfachen. Doch Giganten wie Cerberus stießen nach kurzem Engagement ihre Neuerwerbung ab, weil sich augenscheinlich doch nicht so schnelle und hohe Rendite heraus pressen ließ: tausende renitenter Mieter, oft auch Alte oder Kranke, und mühseliges Hausverwaltungsgeschäft passen nicht zur beschleunigten, glamourösen Welt der internationalen Finanz.

Auf den ersten Blick scheint die große Zeit der Privatisierung am Ende. Das Interesse der Investoren beschränkt sich auf profitable Filetstücke. Die Kommunen schauen bei Privat-Public-Partnerships, der weniger sichtbaren, aber expandierenden Form der Privatisierung, genauer hin. Der Staat – die USA, wie Spanien, Italien, natürlich Frankreich und nun auch Deutschland – sucht in »strategischen« Bereichen unliebsame ausländische Konkurrenten aus den Nachbarländern oder »dubiose« Staatsfonds aus China und dem Nahen Osten von Übernahmen abzuhalten.

Dennoch werden die nächsten Runden der Privatisierung bereits vorbereitet. Die Bahnprivatisierung rumpelt nur mühsam voran, doch geht es nur noch um das Wie, nicht das Ob. Die Privatisierung von Krankenhäusern funktioniert – aus Sicht ihrer Befürworter – besser, über ein Viertel ist bereits in Besitz von Konzernen wie Rhön, Helios oder Asklepios – 2015 sollen es 40 bis 50 Prozent sein. Die Stadt Hamburg hat gerade detailliert alle ihre öffentlichen Vermögenswerte erfasst, um vom Hafen bis zum letzten Denkmal alles auf den Markt werfen zu können. Jede dritte Großstadt plant weiterhin Privatisierungen.

Auch Wohnungsprivatisierungen bleiben im Trend. Insgesamt nahm Deutschland 2006 mit knapp 9 Mrd. Euro Privatisierungserlösen gemeinsam mit Frankreich den Spitzenplatz in Europa ein und wird ihn wohl auch 2007 behalten: denn die Regierung sieht »als ordnungspolitisch gebotenen Weg«, den »Staat weiter zu verschlanken«, auch gegen den Willen der Bevölkerung.

Das Netzwerk »Privatisation – Public Goods« (ppg)

Privatisierungspolitiken aktualisieren Fragen der Verteilung von Macht und Reichtum. Es geht um Eigentumsverhältnisse. Damit befasst sich das auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2003 gegründete europäische »ppg-Netzwerk«. Wir fragen nach dem Zusammenhang von Eigentum, Herrschaft und Ungleichheit. Das Netzwerk widmet sich der systematischen Sammlung und internet-gestützten Verbreitung von Informationen zu Fragen neoliberaler Eigentums- und Privatisierungpolitiken. Es fördert oder unterstützt empirische Analysen zur Privatisierungsfolgenabschätzung in der Bundesrepublik, Europa und im globalen Süden sowie politisch-theoretische Arbeiten zu Eigentumsfragen. Ein eigenes Informationsportal »Wem-gehoert-die-Welt.de« mit über 800 Links, Literaturhinweisen, Bildungsmaterialien und ein frei zugängliches ppg-blog sowie regelmäßige Newsletter stellen notwendiges Wissen nicht nur für Aktivisten bereit. Mittels über 30 örtlicher und internationaler Workshops, einer regelmäßigen ppg-Jahreskonferenz sowie über 60 Veröffentlichungen gelang es in unterschiedlichsten Kontexten von lokalen Bürgerinitiativen bis zum Weltsozialforum, von attac bis zur Wissenschaft für das Thema Privatisierung und Eigentum kritisch zu sensibilisieren. Die diesjährige Jahrestagung am 14. Dezember in Berlin widmet sich der Analyse der Krisen der Privatisierung mit Referenten aus Südamerika, Kanada, Europa. Zahlreiche Mitglieder des Netzwerkes sind auf der Privatisierungstagung der Linken im November dabei.

Uns interessieren insbesondere Antiprivatisierungskampagnen sowie die Entwicklung von Alternativen zur Privatisierung: die Stichworte sind De-Privatisierung, Rückkehr des Öffentlichen, Aneignungstrategien. Denn sofern es gelingt, angesichts der Krisen der Privatisierung, »post-neoliberale« Wege zu eröffnen, bedarf es umso dringender der Erfindung alternativer Formen der Bereitstellung und Produktion öffentlicher Güter sowie der Regulation unserer Commons (Wasser, Land, Wissen etc.) auch jenseits der Geldform. Und überzeugender linker Politik muss die Vermeidung des Rückfalls in autoritäre Staatsgläubigkeit gelingen. Es geht lokal, national, international, um eine radikale, demokratische Transformation der Eigentumsverhältnisse, des Öffentlichen.

Prof. Dr. Rainer Rilling und Dr. Mario Candeias sind Referenten des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Tim Engartner

Der Niedergang des Bahnwesens – Resultat einer (kapital)marktorientierten Neuvermessung der Deutschen Bahn

Tim Engartner, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Anglistik in Trier, Oxford und Köln. Seine Dissertation über die Deregulierung und Privatisierung des deutschen und britischen Bahnwesens an der Universität zu Köln hat er bei Prof. Dr. Christoph Butterwegge als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung unlängst abgeschlossen.

Als am 7. Dezember 1835 die erste hierzulande gebaute Eisenbahnstrecke zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet wurde, brandete auf den Bahnsteigen am Zielort frenetischer Beifall auf. Noch Monate später säumten Menschentrauben die Bahnstrecke, um das Verkehrsmittel zu bestaunen, mit dem sich die Hoffnung auf ein neues Zeitalter verband. Längst ist die Hoffnung der Furcht gewichen – der Furcht vor dem Größten anzunehmenden Ausverkauf der Deutschen Bahn (DB), die täglich 35.000 Personen- und Güterzüge verkehren lässt und innerhalb von zehn Tagen so viele Kund(inn)en zählt wie die Deutsche Lufthansa innerhalb eines Jahres. 71 Prozent der Bundesbürger/innen sprechen sich nach einer Emnid-Umfrage dafür aus, dass der ehemals größte Arbeitgeber des Landes in öffentlichem Eigentum bleibt.

Dessen ungeachtet stimmen die auf Bundesebene regierenden Parteien in das von Hartmut Mehdorn dirigierte Crescendo des DB-Vorstands ein, den ehemals größten Arbeitgeber der Bundesrepublik von »den Fesseln des öffentlichen Dienst- und Haushaltsrechts« zu befreien und dorthin zu führen, wo die Marktmechanismen am wirkungs- und oftmals verhängnisvollsten greifen: auf das Börsenparkett. Obwohl der Verkehrssektor lange Zeit als eine der letzten Bastionen staatswirtschaftlicher Interventionen begriffen wurde und sich der Begriff »Verkehrsplanung« als unverbrüchliches Leitprinzip verkehrspolitischer Handlungsalternativen etablieren konnte, verfing die neoliberale Staatskritik auch dort.

Stichhaltige Argumente gegen die Weichenstellungen in Richtung Kapitalmarkt wurden frühzeitig ausgeblendet: Wie nämlich soll der Konzern seiner gleich mehrfach im Grundgesetz verankerten Pflicht zur Daseinsvorsorge nachkommen, wenn er künftig allein den marktüblichen Gewinn- und Effizienzkriterien Rechnung tragen muss? Welche finanziellen Zuwendungen soll die DB AG in Zukunft erhalten, um den (bei betriebswirtschaftlicher Betrachtung) defizitären Verkehr in ländlichen Regionen zu betreiben? Was geschieht, wenn ein ausländischer Fonds an der Börse ein stattliches Aktienpaket erwirbt, um der Unternehmensführung eine konsequente Shareholder-Value-Orientierung aufzuzwingen?

Schon jetzt sind die Verkehrsmarktanteile der Bahn höchst unbefriedigend. Obwohl das DB-Management die Berechnungsgrundlage durch die Einbeziehung von Freifahrer(inne)n wie unternehmenseigenen Beschäftigten, Menschen mit Behinderung, Angehörigen der Bundeswehr und Bundestagsabgeordneten zu ihren Gunsten (und im Widerspruch zu den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes) erweiterte, liegt der Anteil der Bahn im intermodalen Wettbewerb, d.h. im Wettbewerb mit den anderen Verkehrsträgern, nahezu unverändert bei nur 6,9 Prozent. Im Güterverkehr verlor die Bahn trotz der zum 1. Januar 2005 eingeführten »LKW-Maut« sogar Marktanteile. Selbst die Deutsche Post AG als langjähriger Großkunde der DB wickelt mittlerweile nahezu den gesamten Transport von Paketen und Briefen über den Straßen- und Luftverkehr ab: Die aus dem bahnhofsnahen Umfeld in die Nähe von Autobahnanschlussstellen verlagerten Postzentren dokumentieren diese Entwicklung ebenso wie das im Bau befindliche Logistikzentrum für den internationalen Luftfrachttransport, das Anfang 2008 auf dem Gelände des Flughafens Leipzig/Halle eröffnet werden soll.

Zu den Triebfedern des Abwärtstrends gehören ausgedünnte Fahrplantakte und undurchsichtige Tarife.

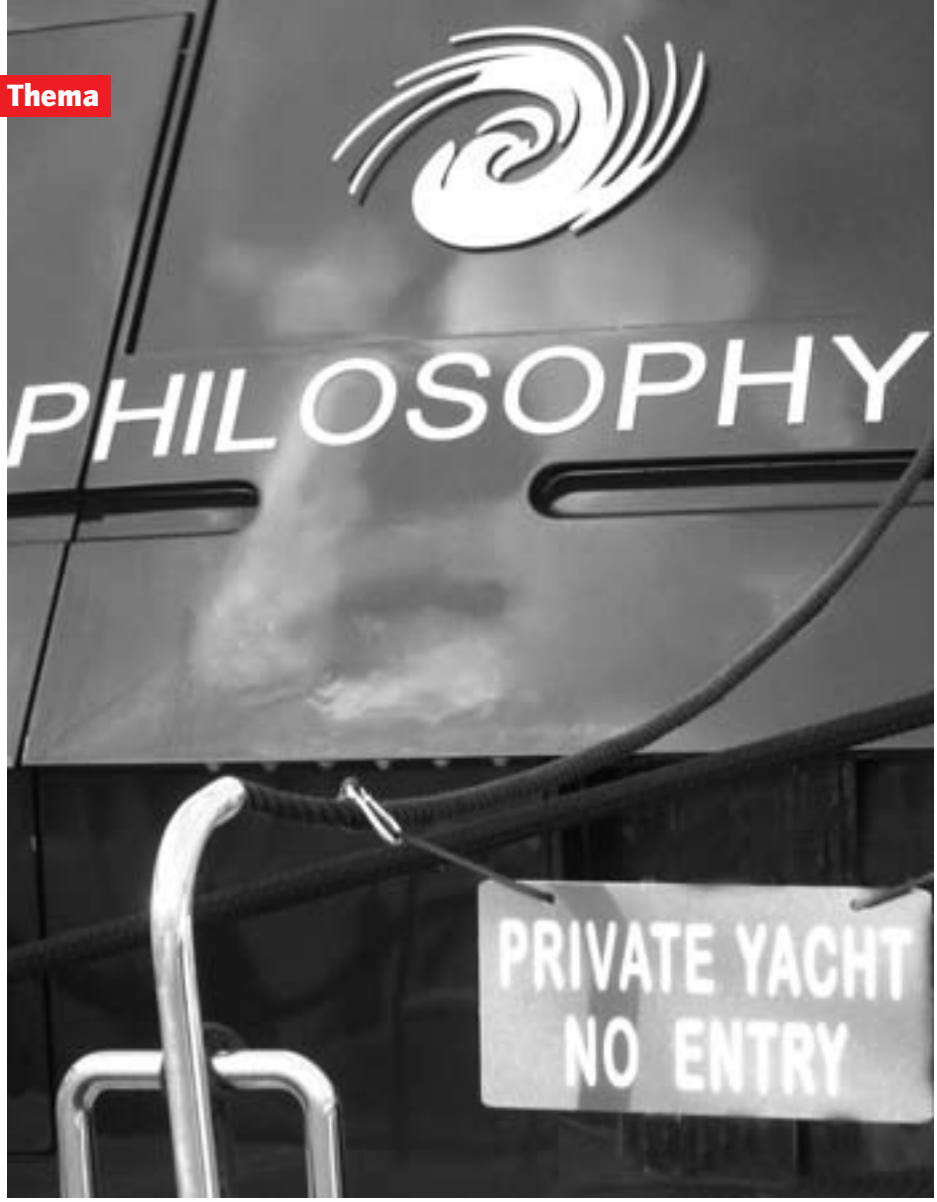
Die ausbleibende Renaissance des Verkehrsträgers Schiene hat viele verschiedene Ursachen. Geradezu absurd ist die fiskalische Ungleichbehandlung der Verkehrsträger, die dazu führt, dass die Bahn als umweltverträglichstes Verkehrsmittel Mineralöl-, Mehrwert- und Ökosteuer zahlt, der Flugverkehr von diesen Steuern jedoch größtenteils ausgenommen ist. Ausgedünnte Fahrplantakte und undurchsichtige

Tarife zählen ebenso zu den Triebfedern des Abwärtstrends wie aufgegebene oder nur stundenweise geöffnete Fahrkartenschalter. (Potentielle) Kund(inn)en, insbesondere solche, die mit den modernen Kommunikationstechniken weniger vertraut sind, werden verprellt, weil ihrem Beratungsbedarf mit wenig benutzerfreundlichen Fahrkartenautomaten, komplexen Internet-Buchungsplattformen und kostspieligen Telefon-Hotlines nicht Rechnung getragen wird. Auch der (einmalige) Vertrieb von Fahrscheinen über Lidl, McDonald's und Tchibo-Shops kann den Schalterverkauf nicht ersetzen. Die Ermittlung des maximalen Rabatts zwischen Sparpreisen mit und ohne Wochenendbindung unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Sommer- und Herbstangebote stellt selbst für leidenschaftliche Bahnfahrer/innen ein Ärgernis dar. Während für den Um- bzw. Neubau vermeintlich prestigeträchtiger Großbahnhöfe wie in Berlin und Stuttgart Milliardenbeträge verausgabt werden, müssen Fahrgäste an kleinen und mittleren Stationen mit von Schlaglöchern durchsiebten Bahnsteigen, überquellenden Mülleimern, zugigen Unterständen und nach Urin stinkenden Durchgängen vorlieb nehmen.

Zudem hat der Schienenverkehr seit Mehdorns Amtsantritt im Dezember 1999 unternehmensintern massiv an Bedeutung verloren. Stattdessen avancierte die DB AG zu einem der größten Luftfrachttransporteure der Welt, mit dem Zukauf der Stinnes AG stieg das Unternehmen gar zum umsatzstärksten Straßenspediteur Europas auf. Die zuletzt mehrfach in überregionalen Tages- und Wochenzeitungen geschaltete Anzeige »Früher überquerten wir den Main. Heute auch den Ozean« unterstreicht die Botschaft eines internen Strategiepapiers, wonach das »Unternehmen Zukunft« (Eigenwerbung) die Weltmarktführerschaft im Seeverkehr anstrebt. Der Wandel vom reinen Schienentransporteur zum international operierenden Mobilitäts- und Logistikkonzern mit mehr als 1.500 Standorten in 152 Staaten ist in vollem Gange. Sichtbar wird dies auch auf den Fahrscheinen – durch den unlängst dem DB-Label angefügten Anglizismus »Mobility Networks Logistics«. Zu Recht reklamieren Kritiker/innen, dass sich diese (aus Steuergeldern finanzierte) Expansionsstrategie nicht mit dem Ziel verträgt, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Das Argument wiegt umso schwerer, als die DB AG auch wegen ihrer milliardenschweren Zukäufe »Nettoverluste« in Höhe von 38,6 Mrd. Euro anhäufte – mehr als ihre Rechtsvorgänger Bundes- und Reichsbahn in der Zeit ihres Bestehens zusammen.

»Früher überquerten wir den Main. Heute auch den Ozean.«

Der drohenden (materiellen) Privatisierung der DB kann Lehrbuchcharakter zugesprochen werden, weil die sich in vielen Gesellschaftsbereichen vollziehende Neujustierung der Ökonomie zulasten der Politik hier besonders deutlich wird. Es bleibt zu hoffen, dass der neoliberale Dreiklang »Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung« beim letzten großen deutschen Staatskonzern verhallt – und stattdessen dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit entsprochen wird: mit einer Bahn in öffentlichem Eigentum.



Andrej Holm

Wohnungsprivatisierungen weiter im Trend

Seit den Debatten um den Totalverkauf der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft im vergangenen Jahr sind Wohnungsprivatisierungen wieder verstärkt in der öffentlichen Diskussion. Der Verkauf von 48.000 kommunalen Wohnungen an den internationalen Finanzinvestor Fortress polarisierte die politische Debatte. Die Prominenz der Linkspartei kritisierte den Verkauf – der erst durch die Stimmen der Linkspartei in der Dresdner Stadtversammlung möglich wurde – als linken Tabubruch und löste so heftige Debatten aus. Der neoliberale Mainstream entledigte sich aller Sachlichkeit und konnte seine Freude kaum verhehlen. In der ZEIT wurde der »Dresdner Coup« bejubelt: »ein Milliardengeschäft macht Dresdens Stadträte zur Avantgarde der deutschen Kommunalpolitik.«

Diese Übertreibung relativiert sich durch Schätzungen der Deutschen Bank, denn allein seit 1998 wurden hunderttausende Wohnungen aus vormals öffentlichen Beständen verkauft. Und die Karawane zieht weiter: einer aktuellen Kommunalbefragung (von Ernst&Young) zufolge plant jede dritte Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohner/innen in den kommenden Jahren Privatisierungen durchzuführen. Die meisten Verkäufe erfolgen an institutionelle Anleger.

Als »neue Anbieterstrukturen« geistern sie durch die Fachpublikationen, als »Heuschrecken« haben sie über Franz Müntefering den Weg in die öffentliche Diskussion gefunden und als Besitzer/innen von inzwischen über 700.000 Wohnungen bestimmen sie die Wohnsituation von über einer Millionen Mieter/innen in Deutschland. Finanzinvestoren und Anlagefonds wie Cerberus, Deutsche Annington oder Fortress sind in den vergangen Jahren massiv auf die hiesigen Wohnungsmärkte gedrängt und waren an der Mehrzahl der Wohnungsprivatisierungen in diesem Zeitraum beteiligt. Auch wenn als zentrale Legitimationsmuster für die Wohnungsverkäufe immer wieder die »leeren Haushaltskassen« herhalten müssen, Wohnungsprivatisierungen sind vor allem aus ihren globalen ökonomischen Zusammenhängen heraus zu erklären.

En-Bloc-Verkäufe an Finanzinvestoren

Einmalig für Wohnungsprivatisierungen in Europa erfolgt der Verkauf vormals öffentlicher Wohnungen in Deutschland nicht direkt an die BewohnerInnen, wie es in Großbritannien aber auch in Osteuropa zu beobachten war, sondern als En-Bloc-Verkauf an Finanzinvestoren. Frühere Privatisierungswellen im Wohnungsbereich waren von einer schlichten Überführung öffentlicher Wohnungsunternehmen in privates Wohneigentum gekennzeichnet. Sowohl das von der Regierung Thatcher 1980 in Großbritannien eingeführte »Right-to-Buy« als auch die Mikroprivatisierungen der 1990er Jahre in den ehemals sozialistischen Gesell-

schaften Osteuropas richteten sich direkt an die Bewohner/innen und zielten auf eine Erhöhung der Wohneigentumsquote. Das Ende des öffentlichen Wohnungsbaus verstand sich in diesen Ländern zugleich als ein Abschied vom Mietwohnen und entzog die Wohnungsbestände so der Wohnungsbewirtschaftung großer Unternehmen.

Im Gegensatz dazu erfolgten die Wohnungsverkäufe deutscher Kommunen in den vergangen fünf Jahren überwiegend an Finanzinvestoren, die in ihren Investitionsstrategien auf die Bewirtschaftung möglichst großer Bestände setzen. Die Privatisierung hier bedeutet nicht den Wechsel von einer öffentlichen Bereitstellung zu einer individuellen Versorgung, sondern die Auslieferung einer so basalen Lebensgrundlage wie des Wohnens an die Verwertungsinteressen internationaler Finanzinvestoren. Die Wohnungsprivatisierung in Deutschland ist damit nicht nur als eine Auflösung des Öffentlichen und die neoliberale Durchsetzung von Eigenverantwortung zu verstehen, sondern als Teil einer finanzdominierten Akkumulationsweise. Die regelmäßigen und stabilen Einnahmen in Mietwohnungsbeständen erscheinen dabei als eine notwendige Voraussetzung. Denn auf der Basis von bis zu 90 Prozent Krediten realisieren sich die Gewinne der Finanzinvestoren letztlich durch kleine Zusatzgeschäfte. Während die Mieteinnahmen die Kreditkosten des Fremdkapitals decken, stellen der Verkauf einer kleinen Wohnanlage oder die Reduzierung der Verwaltungskosten berechnet auf den Eigenkapitalanteil eine erhebliche Gewinnmarge dar.

Die Ökonomie der Wohnungsprivatisierung

Wohnungsprivatisierung in Deutschland ist nicht nur Entstaatlichung, sondern der Ein- und Aufstieg eines neuen Investorentyps auf den Wohnungsmärkten. Diese meist internationalen Finanzinvestoren sind weltweit auf der Suche nach neuen Anlagesphären und somit ein Kennzeichen des finanzdominierten Akkumulationsregimes, in welchem Finanzmärkte und die kurzfristige Shareholder-Value-Orientierung eine immer stärkere Rolle einnehmen. Den institutionellen Anlegern kommt hierbei eine starke Marktmacht zu. Ein Grundprinzip ist die permanente Inwertsetzung von nicht-warenförmig organisierten Bereichen der Gesellschaft. Von Patenten für Naturprodukte über geistiges Eigentum bis hin zu öffentlichen Vermögenswerten – der Erschließung neuer Anlagesphären ist praktisch keine Grenze gesetzt. Die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände ist Teil dieser globalen Enteignungsökonomie.

Anlagesuchendes Finanzkapital, günstige Zinsen und verkaufswillige Kommunen mit großen Beständen sind die zentralen Gründe für den aktuellen Privatisierungsboom. Das Thema Wohnungsprivatisierung zeigt exemplarisch, wie globale und lokale Märkte aufs engste verzahnt sind. So wie lokalpolitische Entscheidungen den Auftritt der internationalen Finanzinvestoren ermöglichen, wirken deren Verwertungsstrategien auf die lokalen Wohnungsmärkte zurück. Das Prinzip des neuen Eigentümertypus besteht in der Trennung von Eigentum und Wohnungsverwaltung. Im Gegensatz zu früheren Gewinnstrategien geht es nicht mehr um Substanzsicherung und effektive Bewirtschaftung, sondern um Portfoliohandel. Modernisierung und Aufwertung dienen weniger der Wertsteigerung für langfristig höhere Mieteinnahmen, sondern sind ein Zwischenschritt zum Weiterverkauf und zur Umwandlung in Eigentumswohnungen. Durch die günstigen Finanzierungskredite hoffen die Investoren bei Verkäufen auf so genannte Leverage-Effekte, also Gewinnen aus der Differenz von Rendite und Zinsaufwand.

Widerstand gegen Privatisierung

Doch nicht alle Bestände der privatisierten Wohnungen eignen sich für einen schnellen Weiterverkauf. Tausende ehemals öffentliche Wohnungen werden auf Jahre in der Verwaltung der neuen Investoren bleiben. Der neoliberalen Devise folgend, sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, fokussieren sich die neuen Eigentümer auf den Wohnungshandel. Die Bewirtschaftung und Verwaltung der übrigen Wohnungen verbleibt in der Regel in den Händen der aufgekauften Gesellschaften und unterliegt strengen Rationalisierungen. Insbesondere die Ausgaben für Instandsetzung und Personal werden dort drastisch gekürzt. In diesen unverkäuflichen Restbeständen bilden sich regelrechte Sektoren des Discountwohnens heraus.

Politische Mobilisierung gegen Privatisierungen muss auch die Ökonomie der Privatisierung zum Anlass nehmen, über Vergesellschaftungsperspektiven zu diskutieren.

Protesten gegen Privatisierungen ist es bisher nur selten gelungen, über die lokale Ebene hinaus zu gelangen und einen Bezug zu den globalen Verwertungszyklen herzustellen. Die vom Deutschen Mieterbund forcierte Heuschreckendiskussion im Zusammenhang mit den neuen Investoren auf dem deutschen Wohnungsmarkt hat eher zu einer Entökonomisierung und Depolitisierung der Diskussionen geführt. Denn statt die Gründe und Ursachen der Privatisierung zu thematisieren, wurden oberflächliche Schreckensbilder auf der Ebene zu erwartender Folgen gezeichnet. Eine politische Mobilisierung gegen Privatisierungen sollte jedoch nicht bei der Klage über steigende Preise und verringerte Versorgungsqualitäten stehen bleiben, sondern die Ökonomie der Privatisierung zum Anlass nehmen, laut und vernehmlich über Vergesellschaftungsperspektiven im Bereich der sozialen Infrastrukturen zu diskutieren. Diese Debatten müssen in einem breiten politischen Rahmen geführt werden – denn gesamtgesellschaftliche Entwürfe sind von lokalpolitischen Anti-Privatisierungsinitiativen nicht zu erwarten.

rls standpunkte 12/2007

Rainer Rilling

Die Eigentumsfrage kehrt zurück.

Eine Zwischenbilanz zur Politik der Privatisierung

Reihe Standpunkte 12/2007
von Prof. Dr. Rainer Rilling
Die Eigentumsfrage kehrt zurück.
Eine Zwischenbilanz zur Politik der Privatisierung

Eine neue Verdrossenheit entwickelt sich. Sie richtet sich auf die Privatisierung, also die Veräußerung öffentlichen Vermögens, öffentlicher Aufgaben oder Organisationen und deren Umwandlung in privates Eigentum zum letztlich vorrangigen Zweck der einzelwirtschaftlichen Gewinnerzielung statt der Orientierung am Gemeinwohl oder dem Gebrauchswert der erbrachten Leistung bzw. des produzierten Gutes. Diese Politik der Privatisierung war lange Zeit deshalb unterstützt worden, weil sie mit einigen großen und zunächst realitätstüchtigen Versprechen des Neoliberalismus operierte wie »Wiederherstellung von Effizienz« (angesichts des maroden Zustands vieler öffentlicher Einrichtungen und ihrer Marktferne), »Kosten- und Preissenkung« (durch Bürokratieabbau und Konkurrenz neuer Anbieter), «Behebung der Krise der öffentlichen Finanzen« (durch Veräußerungseinnahmen) oder »neue Wahlfreiheit des Konsumenten« (durch eine Vielfalt der Produkte und Dienste dank technologischer Innovation und Wettbewerb auf den sich spontan entwickelnden Märkten).

Kritische Privatisierungsforschung

PRESOM (Privatisation and the European Social Model) ist ein von der EU finanziertes Forschungsprojekt von 14 Einrichtungen aus neun Ländern, das die Auswirkungen von Liberalisierung und Privatisierung auf das sich entwickelnde Europäische Sozialmodell untersucht. PRESOM publiziert einen zweimonatlichen Newsletter und hat bislang drei von zehn geplanten umfangreichen Berichten vorgelegt. Sie behandeln Hintergründe und Geschichte der Liberalisierung und Privatisierung in der EU, theoretische Ansätze ihrer Erklärung und geben zudem eine Übersicht über verschiedene Konzepte des Europäischen Sozialmodells.

Die konkreten Auswirkungen der Privatisierung in Europa werden hautsächlich in den Bereichen Soziale Dienstleistungen (insbesondere Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge), Finanzwesen, Bildung und Infrastruktur untersucht. In jeweils international zusammengesetzten Arbeitsgruppen werden die Verläufe und Effekte der Privatisierungspolitik systematisch analysiert. Darüber hinaus gibt es noch einen regionalen Schwerpunkt zum Privatisierungsgeschehen in den Mittel- und Osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen werden auf Tagungen von allen beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diskutiert. Das Netzwerk Privatisierung/Öffentliche Güter (ppg) der Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt sich regelmäßig an diesen Zusammenkünften. Im Mittelpunkt der Arbeit steht neben der Darstellung von Privatisierungsmodellen vor allem die Analyse der sozialen Folgen von Privatisierungsmaßnahmen. Denn jede Privatisierung – so die bisherigen Erkenntnisse – ist ein Angriff auf die Konturen eines Europäischen Sozialmodels. Die PRESOM-Forschungsarbeiten sind die bisher umfassendste kritische Analyse der Privatisierungspolitik in Europa. Zum Abschluss des Forschungsprojektes 2009 wird eine zusammenfassende Veröffentlichung vorbereitet. Der Arbeitstitel lautet »Privatisierung gegen das Europäische Sozialmodell. Eine Kritik der Europäischen Politik und Vorschläge für Alternativen«.

Schon jetzt sind über 100 Zwischenberichte, Präsentationen und Thesenpapiere aus Workshops und Tagungen auf der Website zugänglich. Im Rahmen des Projekts wird eine Datenbank zu wissenschaftlichen und politischen Einrichtungen in Europa aufgebaut, die sich mit Privatisierungsfragen befassen. Sie umfasste Mitte 2007 ca. 220 Einträge. Für alle, die sich eingehender mit dem Thema Privatisierung in Europa beschäftigen wollen ist PRESOM (www.presom.eu) die richtige Adresse. (Andrej Holm)

Dr. Andrej Holm arbeitet als Sozialwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin und beschäftigt sich mit Fragen der Stadterneuerung, Gentrification und Wohnungspolitik. Er ist u. a. aktiv im Berliner Bündnis gegen Privatisierung und im internationalen Netzwerk Privatisierung/Öffentliche Güter (ppg) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Angelika Haas

Kino der Wünsche

Sie ist nun schon im dritten Jahr, die im April 2005 angelaufene Filmreihe bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Begonnen im 60. Jahr seit der Befreiung vom Faschismus und gewidmet dem Schaffen von Konrad Wolf, des mit diesem Ereignis und mit dem Film auf einzigartige Weise Verbundenen, der in jenem Jahr 80 geworden wäre.

Inzwischen hat sich eine echte »Fangemeinde« gebildet. Sie trifft Filmleute wie Drehbuchautor und Regisseur Wolfgang Kohlhaase, die Dramaturgin Gertraude Kühn, Kameramann Eberhard Geick, »Filmminister« Horst Pehnert oder Kameramann und Regisseur Horst E. Brandt. Auch eine Professorin aus den USA, die zur DEFA forscht, nutzt die Reihe.

Warum sollten wir die Chance, daß im Jahr 2007 zwei Große der DEFA ihren 80. Geburtstag feier(te)n, die uns Gesprächspartner sein können, vergeben? Egon Günther und Günter Reisch bestreiten mit ihren Filmen das diesjährige Programm. Damit werden auch einige in einer Umfrage geäußerte Wünsche nach Kinofilmen wahr, z. B. »Lotte in Weimar« und »Die Verlobte« (am 29. November).

Als angenehm empfindet die »Filmgemeinde«, dass jeden Film ein »Programm« begleitet, das – nach bestem Wissen und Quellenverfügbarkeit – alle am jeweiligen Kunstwerk Mitwirkenden auflistet. Sehr guten, preiswerten Wein und trinkbares Wasser gibt es auch.

Wurden schon die kenntnisreichen Kommentare von Dr. Dieter Wolf, Hauptdramaturg der DEFA und Leiter der »Gruppe Babelsberg« – er begleitet uns filmwissenschaftlich – zu einem »Markenzeichen« – so haben wir mit Prof. Günter Reisch ein Glückslos gezogen. Nicht nur, dass er zu jedem Film als Gesprächspartner und Wissensquelle zur Verfügung steht: Als ständig mit einer Kamera Ausgerüsteter kann er auch zusätzliches Filmmaterial (»Bonus-Tracks« heißt das auf DVDs von heute) und Bildhaftes über die Entstehung der Filme (das unvermeidliche »making of«) beisteuern. Durch seine Professur und die Arbeit mit Studierenden sahen

»Ein Lord am Alexanderplatz«, DEFA 1966/67

wir nach »Anton, der Zauberer« noch »Mozartbrot«, einen Film von Studenten, der sich auf eindrucksvolle Weise warnend mit der Situation von Menschen, von Kunst »nach der zweiten Globalisierung« befasst. Ein Film übrigens, um den Fernsehen und große Kinos sich drücken.

Aber genau das ist das Anliegen vom Kino der Wünsche: Eine Lücke im gegenwärtigen Kinogeschehen zu füllen und zugleich einen Bildungsauftrag der Stiftung zu erfüllen: Filmkunstwerke bedeutender Regietalente, Filme mit humanistischem Anliegen, die durchaus Filmgeschichte geschrieben haben, aber aus der gegenwärtig in der veröffentlichten Meinung vor allem widergespiegelten Rezeption ausgeblendet sind, sollen besonders für die jüngere Generation einer Begegnung oder einer Wiederbegegnung mit ihrem Publikum zugänglich gemacht werden.

Da sind wir bei (noch) unerfüllten Wünschen: Es kommen zu wenig junge Leute. Leider haben wir zwei Filme (bisher) nicht zeigen können, weil sie einfach nicht aufzutreiben waren: In der Reihe der Antikriegsfilme fehlt uns »Klarer Himmel« von Grigorij Schuchrai; und »Der kleine Prinz« von Konrad Wolf durfte wegen fehlender Rechte nicht gezeigt werden. Aber an der Lösung wird fleißig und hoffentlich glücklich gearbeitet, denn auch beim »Kino der Wünsche« braucht's eine Fee, die mindestens ihrer drei erfüllt. Sie jedenfalls, liebe Leserin, lieber Leser, sind herzlich eingeladen zu Film, Gespräch und Wein – zu einem intelligenten Abend! (Und ganz bestimmt haben auch Sie noch ein, zwei unerfüllte Kinowünsche?)

Dr. Angelika Haas ist Philosophin, lebt in Berlin und arbeitet im ANTIEISZEITKOMITEE.

Filmreihe

Kino der Wünsche

Mit diesem Kulturprojekt, das eine Lücke im gegenwärtigen Kinogeschehen füllt, erfüllt die Rosa-Luxemburg-Stiftung zugleich einen Bildungsauftrag: Filmkunstwerke bedeutender Regietalente, Filme mit humanistischem Anliegen, die durchaus Filmgeschichte geschrieben haben, aus der gegenwärtig in der veröffentlichten Rezeption aber ausgeblendet sind, sollen besonders für die jüngere Generation einer Begegnung oder einer Wiederbegegnung mit ihrem Publikum zugänglich gemacht werden.

Im Jahr 2007 gruppieren sich die gewünschten Filme um die Jubiläen zweier großer deutscher Filmregisseure, deren künstlerisches Anliegen und Werk in besonderer Weise mit der Geschichte der DEFA verbunden sind – Egon Günther und Günter Reisch – die am 30. März bzw. 24. November ihren 80. Geburtstag feiern. Sie werden im April und Dezember Partner im Filmgespräch sein.

rls
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Vorankündigung

25. Oktober 2007
Ein Lord am Alexanderplatz
Regie: Günter Reisch
DEFA 1966/67

29. November 2007
Die Verlobte
Drehbuch, Szenarium, Regie: Günter Reisch/Günther Rücker
DEFA 1979/80

13. Dezember 2007
Ach, du fröhliche
Regie: Günter Reisch
DEFA 1961/62
anschließend Filmgespräch in Anwesenheit von Günter Reisch

17. Januar 2008
Wolz. Leben und Verklärung eines deutschen Anarchisten
Regie: Günter Reisch
DEFA 1973

Zeit und Ort
jeweils 18 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1
Konferenzsaal 1. Etage
10243 Berlin

Teilnahmegebühr
4/2 Euro

Rosa Luxemburg in Stuttgart: 1907 und 2007

Rosa-Luxemburg-Forum für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V.
Planckstr. 79
70184 Stuttgart
Tel. 0711 6936607
Fax 0711 6936608
post@rlf-bw.de
www.rlf-bw.de

rosa luxemburg forum
für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V.

Vom 18. bis zum 24. August 1907 trafen sich in Stuttgart 884 Delegierte aus 25 Ländern zum ersten Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart. Die Eröffnungskundgebung führte rund 60.000 Menschen auf dem Cannstatter Wasen zusammen. Als Mitglied der polnischen Delegation (die SPD hatte ihr kein Mandat gegeben) war Rosa Luxemburg in der Kommission zur Frage des Militarismus vertreten. Die weiteren Hauptthemen waren: die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften; die Kolonialfrage; die Ein- und Auswanderung der Arbeiter; das Frauenstimmrecht.

Am 30. Juni und 1. Juli 2007 veranstaltete das Rosa-Luxemburg-Forum für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V. einen Kongress zum Thema »Migration und Antirassismus, migrantische Selbstorganisation und Gewerkschaften« im Rahmen eines von einem breiten Bündnis vorbereiteten Veranstaltungszyklus zu Ehren des 100jährigen Jubiläums des internationalen Sozialistenkongresses.

Die Themen des Sozialistenkongresses zeigen es: Auch nach hundert Jahren sind viele Fragen, die damals aktuell waren, nicht gelöst. Die Antworten, die der Staatssozialismus zu geben versuchte, sind gescheitert. Der demokratische Sozialismus muss nach neuen Wegen suchen. Hier befinden wir uns momentan in einem offenen Diskussions- und Lernprozess und hierzu wollen wir als Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg einen Beitrag leisten.

Das Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg wurde Ende 1996 in Stuttgart gegründet, arbeitet seitdem im Stiftungsverbund der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist seit Anfang 2007 mit einem Regionalbüro in Stuttgart präsent. Im vergangenen und diesem Jahr führten wir jeweils rund 40 Veranstaltungen mit ca. 1.000 TeilnehmerInnen durch. Dabei versuchen wir in unserer Bildungsarbeit eine breite Themenpalette abzudecken – von der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, Fragen von Kapitalismus, Globalisierung und Neoliberalismus bis hin zu geschlechterpolitischen Reflexionen. Neben Vortragsveranstaltungen wollen wir politische Bildung in vielfältiger Form anbieten. Deshalb organisierten wir in den letzten Jahren ebenso Tagungen und Konferenzen, Workshops, Seminare, eine »linke Sommerschule« zum Thema »Politische Ökonomie, Globalisierung und Neoliberalismus«, Filmvorführungen, einen Liederabend zu dem von den Nazis vertriebenen jüdischen, österreichischen Dichter und Sozialisten Theodor Kramer, oder eine »antifaschistische Stadtrundfahrt« in Stuttgart.

In einem Flächenland wie Baden-Württemberg mit relativ starker ländlicher Prägung und konservativer Hegemonie steht linke politische Bildung vor ganz besonderen Herausforderungen. Für die Zukunft wird sich vermehrt die Aufgabe stellen, über unsere »Gravitationszentren« Tübingen und Stuttgart hinaus zu versuchen, noch stärker in die Fläche auszustrahlen. Um dies zu schaffen wollen wir zum einen ehrenamtlich Aktive vor Ort zur Mitarbeit gewinnen, zum anderen werden wir die Zusammenarbeit mit unseren zum Teil langjährigen KooperationspartnertInnen fortsetzen. Die Realisierung von Projekten mit Partnerinnen und Partnern sehen wir als eine wichtige Aufgabe unserer Arbeit an. In den letzten Jahren arbeiteten wir mit so vielfältigen TrägerInnen zusammen wie der Informationsstelle Militarisierung Tübingen, der BUNDjugend, der »Werkstatt für Geschichte, soziale Bewegung & Praxis« in Ravensburg, attac, dem Infoladen Tübingen oder dem »bedingt autonomen Zentrum« in Stuttgart.

Rosa Luxemburg in Stuttgart, 1907 und 2007: Gewiss, die Linke befindet sich heute in einer schwächeren Lage als damals. Aber wenn sie aus ihren Fehlern lernt und es versteht, neue Antworten auf alte und neue Probleme in der Gesellschaft zu geben, wird ihre Akzeptanz bei den Menschen noch weiter wachsen. Wenn wir mit unserer Arbeit in Baden-Württemberg ein kleines bisschen dazu beitragen können, die hierfür notwendigen Diskussionsprozesse zu befördern, wäre das nicht wenig.

Jörg Prelle/Norbert Schöllhorn

Mainopolis

Gespräche über die Zukunft der Stadt

Dass das hessische Rosa-Luxemburg-Forum sich mit der Entwicklung des städtischen Raums, d. h. in der Konsequenz mit der Gestaltung der Zentren einer weitgehend verstädterten Gesellschaft beschäftigt, hatte zunächst seinen Ausgangspunkt im Erfolg der »Linken-WASG« bei den hessischen Kommunalwahlen im März 2006. Die linke Präsenz in den Kommunalparlamenten insbesondere der größeren Städte besteht jetzt nicht mehr aus marginalisierten Einzelkämpfern, sondern aus handlungsfähigen Fraktionen. In der Konsequenz hieß das, dass Mandatsträger, die sich bisher eher als Teil einer widerständigen Politik in verschiedenen Initiativen gefühlt haben, sich jetzt als Akteure einer alternativen Stadtgestaltung in gewisser Weise neu erfinden müssen.

Dies ist leicht geschrieben und schwer umgesetzt, weil dieser Umorientierungsprozess bereits bei der Wahrnehmung des politischen Aktionsfeldes anfängt. Einer vertikal-hierarchischen Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität (oben-unten; reich-arm; Kapital-Arbeit; Etablierte-Ausgegrenzte, Polizist-Demonstrant, etc.) ist nun durch eine horizontal-räumliche Wahrnehmung zu erweitern (der Parallelität verschiedener Produktions-, Arbeits- und Lebensweisen, ausdifferenzierter Milieus, entsprechend ausdifferenzierter alltagskultureller Bedürfnisse und Erwartungen an eine Stadt, die aus verschiedenen Perspektiven die lebenswert sein soll).

Zwei entgegengesetzte Reaktionen der neuen Mandatsträger (in Hessen knapp 150) wären nur zu verständlich und sind auch feststellbar: einerseits die Verzettelung der Aktivitäten im Politikgetriebe der Kommunalparlamente und andererseits der Rekurs auf das Gewohnte – eine lediglich reaktive Politik gegen diese oder jene kommunalpolitische »Sauerei« der »Herrschenden«.

Das war die Situation, in der das hessische Rosa-Luxemburg-Forum Anfang des Jahres sich dafür entschied auf zwei Ebenen »einzugreifen«. Erstens in der Unterstützung des Aufbaus des »Kommunalpolitischen Forums« als Plattform des Erfahrungsaustausches und der Weiterbildung der hessischen Mandatsträger, und zweitens seit Februar 2007 in einer langfristig angelegten Reihe »›Mainopolis‹ – Gespräche über die Zukunft der Stadt« in der es summa summarum darum geht, Leitbilder einer alternativen, d. h. sozialen, ökologischen und basisdemokratischen Stadtgestaltung zu diskutieren. »Mainopolis« steht für »Monopoly« und der griechischen »Polis«, also dem Spannungsverhältnis zwischen der neoliberalen Produktion der Stadt und »Polis« als Gegenvision eines demokratischen Stadtgefüges, das seinen BewohnerInnen gehört und dient. »Gespräch« soll den offenen Charakter eines Dialogs zwischen KommunalpolitikerInnen und Sachverstand aus den Bereichen Stadtentwicklung, Architektur, Sozialwissenschaften und Kulturanthropologie ausdrücken.

Die Fragen der bisherigen Veranstaltungen waren etwa: wie wirkt sich Ausgrenzung innerhalb der Stadt nach sozialen Gruppen und nach Stadtfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit) aus, wie ist das Beziehungsgeflecht zwischen Stadt und Umland, wie kann Verkehrs- und Stadtpolitik in Einklang gebracht werden, wie sieht ein menschengerechtes Wohnumfeld aus und wie kann man mit Stadtplanung sozialer Ausgrenzung entgegenwirken und solidarisches nachbarschaftliches Handeln als Basis einer sozial gerechten demokratischen Gesellschaft fördern. Wie wollen Menschen also (miteinander) leben, wo fühlen sie sich wohl und wodurch bekommt Städtebau eine destruktive zerstörerische Kraft.

Die nächste Jahrestagung vom 7. bis 8. März 2008 im Deutschen Architekturmuseum (DAM) wird den Schwerpunkt »Öffentlicher Raum« haben. Unter »Öffentlichem Raum« begreifen wir den Lebens- und Freiraum der Stadt. Wem gehört der öffentliche Raum eigentlich, wer darf darüber verfügen und wie kann sich der Mensch an diesem Ort der Begegnungen frei entfalten?

Schwerpunktthema der Tagung 2007 war die Gestaltung des Frankfurter Altstadtviertel. Der Wunsch vieler Menschen nach Nachbauten nicht mehr vorhandener historischer Gebäude drückt eine urbane Orientierungslosigkeit aus, die Identifikationsbedürfnisse produziert. In Frankfurt tobt sich dieses Identifikationsbedürfnis kurioserweise im Spannungsfeld zwischen Skyline (Global City) und des gemütlichen Fachwerknachbaus, also zwischen hemmungslos-modernistischem Imponier-Gehabe und ebenso hemmungslosem Kitsch aus. Die Tagung war ein Plädoyer für eine öffentliche, demokratische Diskussion des Altstadtneubaus – eben auch unter dem Gesichtspunkt des Stadtkerns als »öffentlichem Raum«. Insofern ist die Tagung 2008 eine thematische Konsequenz der Vorjahrestagung.

Jörg Prelle ist Regionalmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen. Norbert Schöllhorn ist Mitarbeiter des Rosa-Luxemburg-Forums Hessen.

Forum für Bildung und Analyse
Rosa Luxemburg in Hessen e. V.
Niddastr. 64 · 60329 Frankfurt
Tel. 069 27135977 · info@rlf-hessen.de

Unsere indischen Projektpartner bei einem gemeinsamen Planungstreffen im Sommer dieses Jahres

Britta Becker/Jörg Schultz

Die RLS in Indien und Nepal

Indische Vielfalt

Ein junger Muslim brennt mit seiner hinduistischen Freundin durch und beide heiraten heimlich. Was der Beginn einer romantischen Liebesgeschichte sein könnte führte vor Kurzem im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) zu Gewalttaten zwischen Muslimen und Hindus. Die Titulierung und strafrechtliche Behandlung des Vorfalls als Kidnapping und der Ausbruch von Gewalt verdeutlicht die gesellschaftlichen Gräben zwischen Angehörigen der verschiedenen Religionen.

Engagement für ein friedliches Miteinander

Seit Beginn der Projektarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Indien 2002 gehört die Auseinandersetzung mit Fundamentalismus und interreligiösen Konflikten und deren Thematisierung sowohl in wissenschaftlicher, kultureller und sprachlicher Hinsicht zu den zentralen Themen. Insbesondere in Südindien wird interreligiöse und interethnische Verständigung groß geschrieben. Im Bundesstaat Karnataka leben Anhänger unterschiedlicher Religionen und Ethnien auf relativ engem Raum zusammen. Hindus, Muslime, Christen und Jains gehören dazu, die wiederum so unterschiedlichen Sprachgruppen wie Kannada, Konkani oder Tulu angehören. Das Wissen dieser unterschiedlichen Gruppen übereinander ist trotz ihres engen Zusammenlebens häufig schwach ausgeprägt. Deshalb fällt es extremistischen Kräften oft leicht, die Bevölkerungsteile untereinander auszuspielen und zu manipulieren.

Die RLS unterstützt drei Organisationen mit christlich religiösem Hintergrund in der Region, welche sich mit religionsübergreifender Bildungsarbeit in Schulen, der Förderung von Regionalsprachen und dem gemeinsamen Begehen von Festen sowie Tanz und Theaterveranstaltungen beschäftigen. Der engagierte Einsatz der Partnerorganisationen beginnt Früchte zu tragen. So wurde vor Kurzem die Regionalsprache Konkani als Wahlpflichtfach in Schulen im Bundesstaat Karnataka anerkannt. Ein wichtiger Schritt in einer Region, die besonderen Wert auf ihre Regionalsprachen legt, aufgrund hindufundamentalistischer Bestrebungen jedoch immer wieder deren Verdrängung befürchten musste. Auch international wird die Projektarbeit vor Ort geschätzt. Als Auszeichnung seines Einsatzes für den interreligiösen Austausch zwischen Christen, Hindus, Muslims und Jains wurde John Fernandes, Direktor des RLS-Projektpartners »Dharma Samanvaya« im Juni mit dem Preis der Herbert Haag-Stiftung »Für Freiheit in der Kirche« geehrt.

In Nordindien beschäftigt sich die NGO Saajhi Duniya, ein Zusammenschluss von Intellektuellen und AktivistInnen in Lucknow, Uttar Pradesh, mit dem Themenfeld Fundamentalismus und Frauen aus sozialwissenschaftlicher Sicht. Im Rahmen einer auf zwei Jahre angelegten Studie werden die Lehren und Bräuche des Hinduismus und des Islam sowie fundamentalistische Gruppierungen und deren Wirkungsmechanismen insbesondere auf die Lebenswelten von Frauen untersucht und Fallbeispiele dokumentiert. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Verbreitung und öffentliche Diskussion der Ergebnisse. So meldete sich beispielsweise Roop Rekha Verma, frühere Rektorin der Lucknow University und Geschäftsführerin von Saajhi Duniya, nach dem eingangs beschriebenen Vorfall in mehreren nationalen Tageszeitungen mit Diskussionsbeiträgen und Analysen zu Wort.

Indien: Land der Widersprüche

Die Situation von indischen Frauen spiegelt die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der indischen Gesellschaft in vielen Bereichen wider. Erfolg, Unabhängigkeit, hohe politische Beteiligung auf allen Ebenen und hervorragende Bildung kennzeichnen die Lebenswelt von Frauen ebenso wie Analphabetismus, Gewalt und Unterdrückung. Durch die Unterstützung von verschiedenen Forschungsarbeiten, Seminaren und Medienanalysen im Bereich Gender Studies versucht die RLS seit mehreren Jahren, dieses wichtige Themenfeld im öffentlichen Diskurs sichtbarer werden zu lassen. Eine breit angelegte Studie in verschiedenen indischen Bundesstaaten widmete sich in den letzten Jahren dem Thema »Frau und Medien im Kontext der Globalisierung«. Die Studie setzt sich umfassend sowohl mit der Veränderung des Frauenbildes in den vergangenen Jahren als auch mit den Widersprüchen zwischen medial geprägten weiblichen Stereotypen und der Lebensrealität von indischen Frauen in unterschiedlichen Lebensbereichen auseinander. Damit steht ein Referenzwerk zur Verfügung welches auch in den kommenden Jahren die Möglichkeit zur Information über und Optimierung der Anstrengungen zur Verbesserung der Situation indischer Frauen bietet. Ganz aktuell unterstützt die RLS derzeit vier Forschungsprojekte im Themenbereich Gender Studies. Das Institut für Frauenforschung der Jadvapur Universität und das Institute for Development Studies in Kalkutta beschäftigen sich mit sozialwissenschaftlichen Analysen zum Thema Geschlechterbeziehungen in der Familie und mit den Zusammenhängen zwischen Bildung und Erwerbsarbeit von Frauen. In Assam untersuchen Wissenschaftlerinnen des Frauenforschungsinstituts der Universität Gauhati die Existenzgrundlagen und Überlebensstrategien von Frauen während sich eine andere Partnerorganisation in Orissa der Vertreibung von Frauen und Familien durch wirtschaftliche Großprojekte widmet.

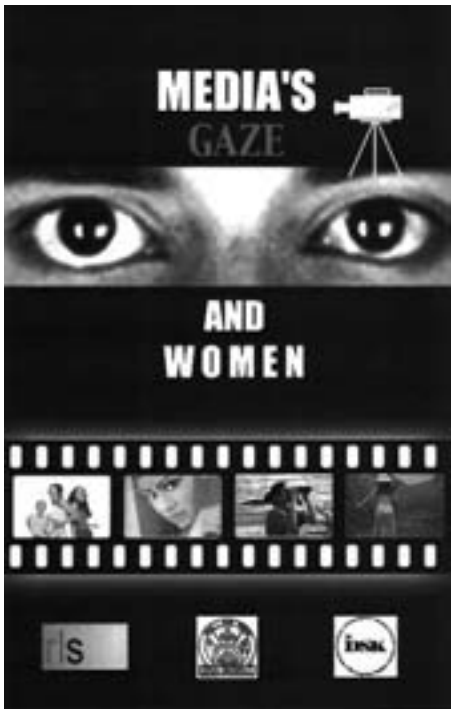
Linke Ideen in bürgerlichem Milieu

Als einflussreicher non-profit Think Tank, der von zahlreichen indischen Intellektuellen, Akademikern, sozialen Akteuren, wissenschaftlichen Einrichtungen und Geschäftsleuten unterstützt wird, unterscheidet sich die Observer Research Foundation (ORF) von vielen anderen Partnerorganisationen der RLS, die eher einem basisnahen Umfeld entstammen. Die Zusammenarbeit mit ORF ist ein Beispiel für ein enges Vertrauensverhältnis zwischen einer linken Stiftung und einem eher dem bürgerlichen Zentrum zuzuordnenden Partner. Die ORF ist bestrebt, durch Seminare, Forschungsprogramme und Publikationen die politische Debatte in Indien zu fördern und alternative politische Angebote zu machen. Ziel der gemeinsam mit der RLS geplanten alljährlichen Konferenzveranstaltungen ist es, moderne linke europäischen Ansichten zu einer Reihe von Fragen der internationalen Beziehungen gemeinsam mit staatsnahen laizistischen Kräfte in Indien zu diskutieren und Verantwortungsträgern vor Ort eine bisher von ihnen kaum wahrgenommene Dimension europäischer Denkweisen und Meinungsbildungsprozesse nahe zu bringen.

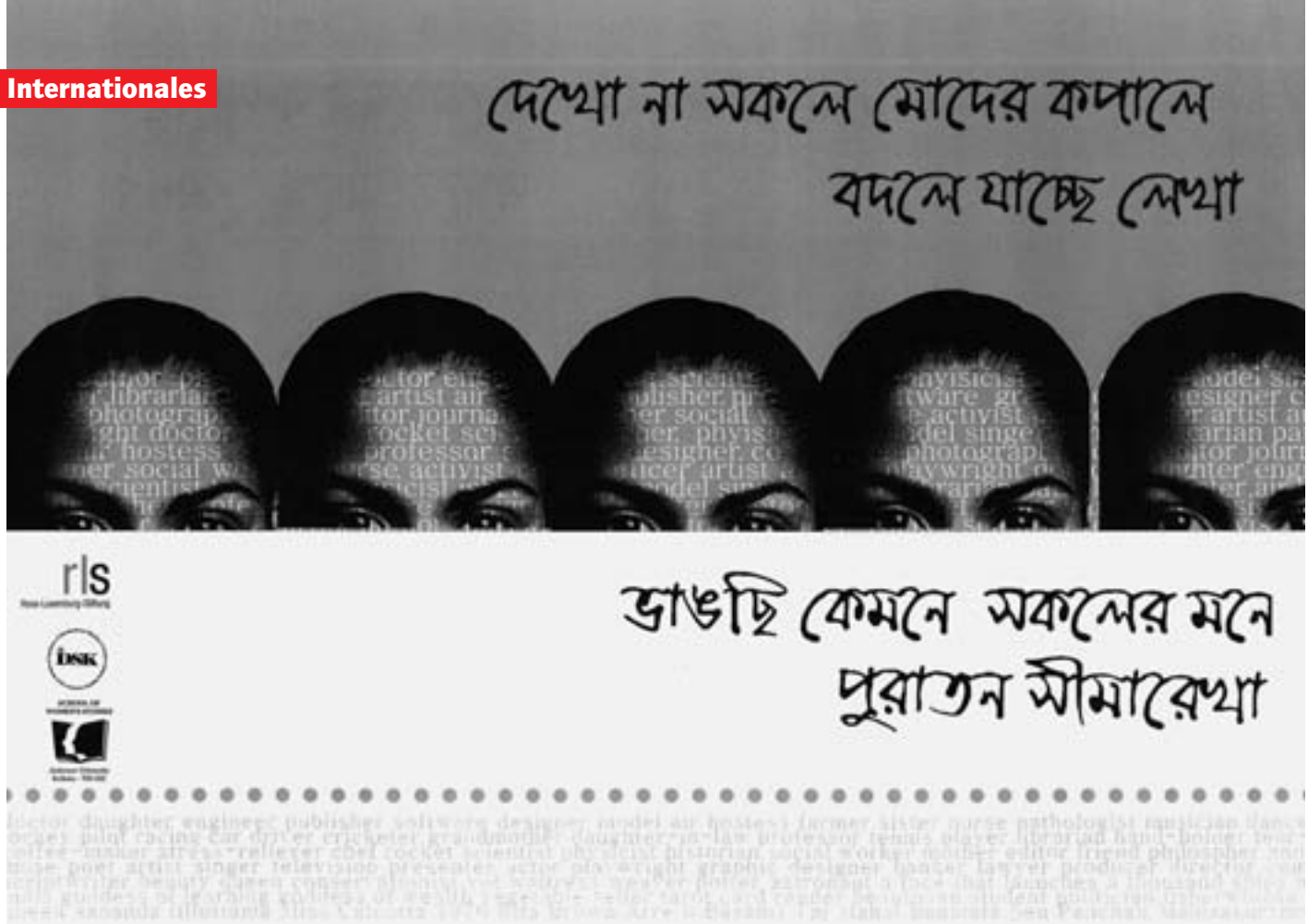
Community Radios in Nepal

Erfolgreicher Kampf um das Recht auf freie Meinungsäußerung

Nach siebenjährigem Ringen, Warten und stetigem Druck auf die Regierung erhielt 1997 das nepalesische Forum für Umwelt Journalisten (NEFEJ) die erste freie Sendelizenz. Radio Sagarmatha, so der Name der Station nahm daraufhin als erstes unabhängiges Community Radio in Nepal den Sendebetrieb auf. Trotz zahlreicher Auflagen und Widerstände von Seiten der Regierung weitete sich der Sendebetrieb von anfangs 20 Minuten auf heute 18 Stunden pro Tag aus. Problematisch war und ist dabei der Mangel an gut ausgebildeten Journalisten. Seit 2003 unterstützt die RLS daher in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Ins-



Kampagnenmaterial



titut für Journalistik Berlin – Brandenburg (IIJB) jährlich verschiedenste Bildungsmaßnahmen für Radio Sagarmatha und andere Community Radios in Nepal. Ziel der Zusammenarbeit ist es, die Fortbildung von journalistischem Nachwuchs für demokratische Medien voranzutreiben und vor allem den Mangel an praktischen, handwerklichen Fertigkeiten im Journalismus abzubauen.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Medien und freien Radios in Nepal wurde besonders im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Protestbewegung Anfang 2005 anlässlich der Verhängung des Kriegszustandes durch den König deutlich. Unabhängige Medien und auch Radio Sagarmatha wurden mit Sendeverboten und -einschränkungen belegt. Vereinzelte Verhaftungen lösten erste Demonstrationen und Proteste aus, welche im April 2006 schließlich zur Entmachtung des Königs und der Wiedereinsetzung des Parlaments führten. Radio Sagarmatha, eines der populärsten freien Radios in Kathmandu, konnte mit kreativen Versuchen die Restriktionen für die Presse teilweise umgehen. Für die außergewöhnlichen Leistungen in der Demokratisierungsbewegung, welche u.a. dazu beitrug den Weg zu Wahlen zu verfassungsgebenden Versammlung im November 2007 zu ebnen, erhielt Radio Sagarmatha im Juni in London den Special Award des Eine Welt Medien Preises 2007.

Jörg Schultz ist stellvertretender Leiter des Bereichs Ausland der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Regionalreferent. Britta Becker ist zuständige Sachbearbeiterin für Projekte in subsaharisches Afrika und Südasien.

Aktivitäten der Stiftung in der Region seit 2002
- Projekte in Indien und Nepal mit derzeit 10 Partnerorganisationen
- Die Eröffnung eines Regionalbüros in Indien ist für 2008/ 2009 geplant

Themenlinien
- Frieden und Konfliktprävention
- Interethnischer und interreligiöser Dialog
- Unterstützung von Minderheiten
- Gender Studies, Medien und Kultur

Weitere Informationen
Jörg Schultz
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 44310-154
schultz@rosalux.de
www.rosalux.de

Klaus Lederer

Allheilmittel Staat?

In den gängigen politischen Diskursen werden die Kategorien »Gesellschaft« und »Staat« bzw. »Markt« und »Staat« gern als Gegensatz verstanden. Danach seien die Linken für »mehr Staat«, während die politische Rechte den Staat gern auf seine »Kernaufgaben« zurückführen will. Dies bedeutet im Nationalstaatsmaß: Ausbau der Repression, Rückbau sozialer Gewährleistungen. Neoliberal begründete politische Strategien wittern in staatlicher Regulierung von ökonomischen Prozessen gar den »Weg zur Knechtschaft« (von Hayek). Sie suggerieren, dass »der Markt« ein neben den sonstigen Sozialbeziehungen liegender Mechanismus eigener Art wäre, dessen Funktionieren von seiner Ungestörtheit abhänge. Von klassischer sozialdemokratischer Perspektive aus wird demgegenüber die Notwendigkeit staatlichen »Gegensteuerns« betont.

Sich als Sozialistin oder Sozialist »vom Staat« jegliche Heilung zu versprechen, etwa die Überwindung der Kapitaldominanz in den gesellschaftlichen Beziehungen, ist meines Erachtens fromm.

Diese platte Sichtweise führt für Sozialistinnen und Sozialisten in die Irre. Der Staat ist nicht Verwirklichung der sittlichen Idee, nicht das statische Gegengewicht zu den ökonomischen Reproduktionsprozessen. In Marxscher Tradition können wir den Staat genauso als ein soziales Verhältnis begreifen wie das Kapital. Beide sind komplexe und miteinander verbundene soziale Herrschaftsbeziehungen. Ohne Regulation wäre unsere Gesellschaft längst am Ende. Regulation findet auch im Postfordismus statt. Nur, in wessen Interesse wird was reguliert?

»Staat« meint immer: Staat als Bestandteil kapitalistischer Gesellschaftsreproduktion. Der Staat ist widersprüchlicher Teil der Dominanz des Kapitalverhältnisses, Kristallisation bestehender Kräfteverhältnisse. Er kann nur bestehen, wenn ihm die Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion unter Einschluss der Kapitalreproduktion gelingt. Innerhalb der gegenwärtigen kapitaldominierten Herrschaftsbeziehungen gibt es eine Reihe von Dynamiken, die zum Teil auch Ausdruck von progressiven Gegenmächten und »konservativen« Beharrungskräften zur Bewahrung des Status quo sind. Was sich am Ende jeweils durchsetzt, ist nicht determiniert. Es hängt von verschiedenen Faktoren ab, unter anderem von der Festigkeit der bestehenden Hegemonien und möglichen hegemoniefähigen Alternativen. Das ist eine alles andere als einfache Übung. Anders formuliert: ob ein »Pfadwechsel« glückt, mit dem sich die Kapitaldominanz überwinden lässt, ist völlig offen.

Im Gramscischen Sinne können wir zum erweiterten Staat auch all diejenigen Strukturen und Organisationen der »Zivilgesellschaft« betrachten, die im Gegenwartsdiskurs so gern als sein Gegenpol hervorgehoben werden. Denn hier ist ein wichtiger Ort der Hegemoniesicherung. Wir müssen also auch diskutieren, was Linke meinen, wenn sie »Staat« sagen.

Sich als Sozialistin oder Sozialist »vom Staat« jegliche Heilung zu versprechen, etwa die Überwindung der Kapitaldominanz in den gesellschaftlichen Beziehungen, ist meines Erachtens fromm. Wichtig ist, um die Erhaltung und Weiterentwicklung derjenigen Staatsfunktionen zu kämpfen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft, die demokratische Beeinflussung von Prozessen und die Sicherung sozialer Mindeststandards zum Gegenstand haben: Öffentliche Infrastrukturen und sozialer Schutz sind fundamental für demokratische Gesellschaftsentwicklung. Hier bleibt der Staat ein wichtiges Auseinandersetzungsfeld.

Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass soziale und demokratische Emanzipation nicht Abhängigkeit von institutionellen Almosen ist. Ziel linker Politik muss immer die Selbstbestimmung des sozialen Individuums bleiben. Das bedeutet auch: Selbstbestimmung als Selbstverantwortung in Gesellschaft, frei von staatlicher Obrigkeit.

Dr. Klaus Lederer ist Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Berlin

»Probebohrungen in die Massive ästhetischer Kultur«

Über die Schaffung eines »Kulturforums der Linken bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung« sprachen Murat Cakir und Florian Weis mit Thomas Flierl

Thomas Flierl, Jahrgang 1957, studierte an der Humboldt-Universität zu Berlin Philosophie, wo er dann 1985 zum Dr. phil. (Ästhetik) promovierte. 1987 wurde er Mitarbeiter im Kulturministerium der DDR, 1990 Leiter des Kulturamtes Prenzlauer Berg. Von 1995 bis 1998 war er als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Kulturpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion. Zwischen 1999 und 2000 Bezirksstadtrat für Ökologische Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen im Berliner Bezirk Mitte. 2002 bis 2006 Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin. Seit 2006 ist Thomas Flierl Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der Hermann-Henselmann-Stiftung.

Was hat linke politische Bildung mit Kultur zu tun?

Thomas Flierl: Ganz viel, weil Bildung Orientierung in der Welt bedeutet und dieses ist ja nicht nur theoriegestützt trägt, sondern vor allem dadurch, wie Menschen in der Welt sind und wie sie sich in der Welt selbst Sinn geben. Sie orientieren sich in dieser Welt auch kulturell, also über sinnliche Anschauungen, über gegenständlich-symbolische Formen, über Tradition, Projekte und Utopien. Eben dies alles hat seine kulturelle Dimension. Kultur und Entwicklung, Kultur und politische Bildung, Kultur und Aufklärung sind immer auch Geschwister gewesen. Die Linken haben das oft vernachlässigt. In ihren guten Zeiten waren die kulturellen Avantgarden und die politische Avantgarde in einer bestimmten Nähe. Das war leider, wenn auch immer wieder, nur in kurzen Momenten der Fall. Jedem politischen Scheitern ging auch eine bestimmte kulturelle Enge voraus. Eine erneuerte Linke in Deutschland sollte diese Nähe zu den aktuellen kulturellen Avantgarde suchen und dauerhaft in eine linke Alltagskultur integrieren.

»Kulturforum der Linken bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung« – das hört sich als ein anspruchsvolles und ehrgeiziges Projekt an. Wie soll es aussehen, welche Ziele und Ansätze gibt es?

Thomas Flierl: Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat erkannt, dass politische Bildungsarbeit ohne Berücksichtigung der kulturellen Dimension gar nicht möglich ist. Es gab bemerkenswerte Ansätze, wie eigene Ausstellungen, eine Projekt- und Kunstförderung oder aber Ergänzungen durch spezielle Beiträge von KünstlerInnen bei theoretischen bzw. programmatischen Debatten. Die Schaffung eines eigenen Kulturbereiches der Stiftung wird seit Jahren diskutiert und es gab verschiedene Anläufe. Insofern ist die Zeit gekommen, um uns mit unseren kulturellen Beiträgen nach außen zu präsentieren und nach innen diese Fragestellung stärker zu bündeln. Es geht ja nicht darum, etwas gänzlich Neues zu schaffen, sondern unter der Konzentration auf die kulturelle Fragestellung die Kooperation zwischen den Bereichen der Stiftung zu stärken und nach außen hin sich stärker an eine kulturell interessierte Öffentlichkeit zu wenden. In vielen Bereichen hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereits geschafft, eine Partnerin der politischen Öffentlichkeit zu werden. Im kulturellen Bereich hat sie das so noch nicht geschafft. Und diesen Schritt wollen wir nun mit dem Grundsatzbeschluss des Vorstandes angehen. Das Kulturforum befindet sich zur Zeit in Vorbereitung und soll dann 2008 starten.

Es besteht ja immer die Gefahr für politische Bildungseinrichtungen, dass das Kulturelle bzw. Künstlerische zwar etwas Ergänzendes ist, aber stets ein Beiwerk bleibt. Könntest du da Beispiele geben, wie man das vermeiden könnte?

Thomas Flierl: Selbst wenn die Verknüpfungen vielfach noch bemüht erscheinen mag, so ist doch der ernsthafte Wille Verknüpfungen zu suchen erkennbar. Sicherlich ist das Künstlerische oftmals noch etwas Ergänzendes, aber es ist auch ein Zugang. Erstens haben die KünstlerInnen die Möglichkeit, sich öffentlich zu präsentieren, zweitens liefern sie einen eigenen Beitrag und sind eben nicht nur Dekoration. Aber ich glaube in der Tat, dass ein Kulturforum breiter und tiefer ansetzen sollte. Wir müssen uns bewusst werden, dass für eine Stiftung der politischen Bildung der Kultur- und Kunstbereich zunächst selbst ein spezialisiertes Politikfeld ist und für Akteure in diesem Politikfeld Bildungsaufgaben zu leisten sind. Gerade für die Entwicklung einer qualifizierten, einer offenen, einladenden, interessanten linken Kulturpolitik müssen Bildungsangebote für linke KulturpolitikerInnen geben. Dafür ist es notwendig, einen konzentrierten Wissenstransfer auszuarbeiten. Schließlich geht es um das große Thema, ob KünstlerInnen, Kulturschaffende und Kulturproduzenten im weitesten Sinne einen Beitrag zu den geistigen Auseinandersetzungen der Zeit und zur Neuorientierung der Linken leisten können. Ich glaube jedenfalls, dass hier eine enorme Chance und Herausforderung besteht. Das zielt natürlich auf

einen weiten Bildungshorizont, auf kulturelle Bildung, die überhaupt erst als Teil von politischer Bildung erschlossen werden muss. Durch ein Kulturforum allein wird dies nicht zu leisten sein. Das Kulturforum wird dazu dienen, quasi Probebohrungen in die Massive ästhetischer Kultur einzubringen. Damit könnte sich nicht nur ein neues Feld für die politische Bildung öffnen, sondern auch eine »Politik des Kulturellen« stärken, die die Linke dringend braucht.

Du wirst öfters mit deiner Kritik »an der wachsenden Distanz zwischen Geist und Macht« zitiert. Der Sensations- und Skandaljournalismus tut ja auch das Seinige für die Verflachung der politischen Aussage. Haben Intellektuelle und Kulturschaffende Andererseits nicht auch die Verpflichtung sich einzumischen und quasi ihren »Rat« der Politik aufzudrängen?

Thomas Flierl: Ich habe die Hoffnung und Erwartung, mit dem Kulturforum eine Plattform zu schaffen, von der Anregungen und kritische Begleitung gegenüber linker Politik ausgehen können, um auf eine reflektierte, interessante und attraktive Weise eine Verbindung von Kultur und Kunst und linker Politik zu stiften. Man wird das nicht naiv machen können und nicht im direkten Zugriff. Es kann nur so sein, dass die Linke sich bemüht, solch interessante Fragestellungen, Konstellationen und Herausforderungen zu formulieren, dass die KulturproduzentInnen und KünstlerInnen sich angesprochen fühlen, sich an dem Prozess zu beteiligen, gesellschaftliche Problemlagen zu deuten und Entwicklungswege auch kulturell zu erkunden .

Ist DIE LINKE offen dafür?

Thomas Flierl: Ob das die führenden PolitikerInnen der LINKE schon verstanden haben, das vermag ich noch nicht zu beantworten. Jedenfalls scheinen sie bereit zu sein, sich dem Dialog zu stellen. Als ein Vorprojekt des noch zu etablierenden Kulturforums der Linken findet am 23. Oktober 2007 in der Hochschule für Film und Fernsehen Konrad Wolf eine Diskussionsveranstaltung mit Oskar Lafontaine, dem Intendanten Sewan Latchinian und der Intendantin Amelie Deuflhard statt. Da wird gewiss Oskar Lafontaine die Frage zu beantworten haben, ob die neue Linke auch ein kulturelles Projekt sein wird, und wenn ja, welches. Meine These ist, dass die neue Linke nur eine Chance hat, wenn sie sich auch als ein kulturelles Projekt begreift und damit nach innen und außen eine Art von Bindung und Energie entwickelt, die über wahltaktische, fachpolitische oder gar Karriereerwartungen hinausgeht. Ich bin der Auffassung, dass die Linke eine eigene zivilisatorische Leistung erbringen muss, um sich in einer komplexer werdenden Welt stabil und mit emanzipatorischer Perspektive zu verankern. Angesichts der Komplexität und der wechselnden Herausforderungen unserer Welt braucht die Linke einen offenen, solidarischen, einladenden Gestus, eine innere Überzeugung, die auch kulturell und sinnlich ausstrahlt.

Du warst als Senator fünf Jahre lang für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin zuständig. Der Opernstiftung, die auf deine Initiative als Kultursenator zurückgeht, zollen sogar konservative Medien Respekt. Jetzt bist du Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus. War das eine große Umstellung?

Thomas Flierl: Eigentlich war das keine Umstellung. Erstens komme ich aus einer Architektenfamilie, zweitens ist meine prägende kulturpolitische Erfahrung immer städtisch gewesen. Die enge Verzahnung von Kultur und Stadtentwicklung ist Teil meiner Arbeitsbiographie, ich war erst Kulturamtsleiter in Berlin – Prenzlauer Berg, dann Baustadtrat in Berlin-Mitte, dann Kultursenator in Berlin. Insofern war es für mich mühelos diese Position jetzt für die Fraktion zu übernehmen und den Ausschuss zu leiten.

Erst kürzlich wurde dein Buch »Berlin: Perspektiven durch Kultur« herausgegeben. Was kann der Leser/die Leserin davon erwarten?

Thomas Flierl: Das Buch enthält eine Zusammenstellung von Texten, die begleitend zu bzw. unmittelbar aus meiner Arbeit entstanden sind. Die Texte zeigen, dass ich meine politisch-administrative Arbeite überhaupt nur machen konnte, wenn ich gleichzeitig auch reflektierend oder konzeptionell tätig bin. Das ist übrigens für mich auch eine Möglichkeit, den Stress auszuhalten und dem Pragmatismus zu widerstehen. Bei solchen Klausuren sind stets auch praxistaugliche Konzepte, wie die Konzepte für die Opernstiftung oder die Erinnerung an die Berliner Mauer, die jetzt im Wesentlichen umgesetzt werden, entstanden. Es ist der Versuch, linke Politik möglich zu machen, indem sie gleichzeitig in Frage gestellt und erneuert wird.

Lieber Thomas, vielen Dank für das Gespräch.

Thomas Flierl
Berlin: Perspektiven durch Kultur
Texte und Projekte
Herausgegeben von Ute Tischler und Harald Müller
Mit Fotografien von Arlett Mattescheck und einem Nachwort von Wolfgang Engler
320 Seiten, Broschur, mit 36 color Abbildungen und 58 s/w Abbildungen
16 Euro
ISBN 978-3-934344-96-9
Erschienen 2007

Lass Dich fördern!

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung vergibt Stipendien an Studierende und DoktorandInnen, die sich durch hohe fachliche Leistungen sowie ein ausgeprägtes gesellschaftliches oder soziales Engagement im Sinne der Stiftung auszeichnen. Die RLS zielt auf den Ausgleich sozialer oder geschlechtlicher Benachteiligung; bei vergleichbaren Leistungen werden daher Frauen, MigrantInnen, sozial Bedürftige und Menschen mit Behinderungen bevorzugt. Über das Stipendium hinaus bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung den StipendiatInnen ein umfangreiches Förderprogramm, bestehend aus Seminaren, Workshops, Konferenzen, Ferienakademien und Bildungsreisen. Auch fördert die RLS die Selbstorganisation der StipendiatInnen und ermöglicht die Teilnahme an Veranstaltungen des bundesweiten Stiftungsverbunds.

Um ein Studienstipendium können sich Studierende aller Fachrichtungen bewerben, die zum Personenkreis des § 8 BAföG gehören oder MigrantInnen mit dauerhafter Bleibeperspektive in Deutschland sind. BewerberInnen müssen an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland immatrikuliert sein, innerhalb der Regelstudienzeit studieren und sollten in der Regel noch vier Semester Regelstudienzeit studieren (Ausnahme: M.A.). Gefördert werden können Studierende ab dem zweiten Semester.

Um ein Promotionsstipendium können sich in- und ausländische Doktorandinnen und Doktoranden aller Fachrichtungen (Ausnahme: medizinische Fachrichtungen) bewerben, wenn sie an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland zur Promotion zugelassen sind und deren Promotion nicht schon durch eine andere Institution gefördert wurde.

Bewerbungsschluss

Für eine Förderung ab Wintersemester
30. April des Jahres

Für eine Förderung ab Sommersemester
31. Oktober des Vorjahres

Informationen über Bewerbungsmodalitäten sowie Bewerbungsunterlagen finden sich auf unsere Website: www.rosalux.de unter der Rubrik Stipendienprogramm.

© Landesbildstelle Berlin

Aufbruch 1989

Gemeinsames Stipendienprogramm wissenschaftsfördernder Stiftungen

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt sich an den gemeinsamen Stipendienprogramm »Aufbruch 1989«. Das Förderprogramm soll zur Herausbildung eines gesamteuropäischen Geschichtsbewusstseins beitragen, in dem das Jahr 1989 besonderen Stellenwert zukommt.

Das Stipendienprogramm der 17 beteiligten Stiftungen richtet sich an Doktorandinnen und Doktoranden aus dem In- und Ausland, die auf einen herausragenden Studienabschluss sowie auf eine überzeugende Konzeption für ihr Dissertationsvorhaben verweisen können.

Die kooperierenden Stiftungen haben unterschiedlichen Charakter und Auftrag. Insbesondere die parteinahen Stiftungen, die Stiftungen der Kirchen, der Wirtschaft und der Gewerkschaften legen gleichermaßen Wert auf eine fachliche Qualifikation und ein nachweisbares gesellschaftliches Engagement sowie eine Nähe ihrer Stipendiatinnen und Stipendiaten zu den Grundwerten ihrer Einrichtung. Daraus resultiert ein unterschiedliches Antragsprozedere.

Für alle Bewerberinnen und Bewerber im Rahmen der gemeinsamen Ausschreibung gilt jedoch der Antragsschluss 15. Januar 2008 (Posteingang). Doktorandinnen und Doktoranden, die sich für ein Promotionsstipendium bewerben wollen, haben die Möglichkeit, ihre Bewerbung direkt an die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu richten. Ausschreibungsbedingungen und weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter: **http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=studienwerk.**

Hanno Harnisch

Lafontaines Linke – ein Buch zur Fusion von PDS und WASG

Liegt die Zukunft in der Lücke?

Über zu wenig Öffentlichkeit, auch über Bücher, die das Zustandekommen der LINKEN im wahrlich bewegten Vorfeld begleiteten, kann sich die neue Partei nicht beklagen. Michael Brie analysierte: »Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen«. Ulrich Maurer und Hans Modrow postulierten: »Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei«. Und Franz Walter stellte die Frage: »Die Linkspartei – Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?«.

Dass Analysen, Postulate und Fragestellungen spannend sein können, haben Wolfgang Hübner und Tom Strohschneider mit ihrem soeben erschienenen »Buch zur Fusion« gezeigt. Die ND-Journalisten sind ausgewiesene Kenner der Materie. Hübner verfolgte die PDS seit ihrer Gründung journalistisch, kenntnisreich, kritisch, konstruktiv. Strohschneider ist seit der Gründung der WASG im Juli 2004 der Chronist der Bewegung. In 22 Kapiteln liest sich die Vorgeschichte und die Geschichte der LINKEN stellenweise wie ein Politkrimi. Die PDS wurde im Osten Volkspartei, regierte und opponierte, ist aber im Westen, trotz aller Anstrengungen und Ansprüche nicht sehr weit über »das Wohnzimmer Wolfgang Gehrckes« hinausgekommen. In der SPD kommt es zum Knall, als Lafontaine am 11. März 1999 zurücktritt, weil er den Schröder-Kurs nicht mehr mitmachen kann.

Lafontaine sucht »aus der publizistischen Lauerstellung« nach einer »neuen parteipolitischen Hülle« für »das Sozialdemokratische«. Das schier undenkbare gelingt: aus PDS, Lafontaine und der WASG wird »die erste Partei, die durch Volksentscheid zustande kam«, als der Einzug im Herbst 2005 in den Bundestag gelang. Alle Unwägbarkeiten, alle Risiken und Befindlichkeiten werden noch einmal nachgezeichnet: Vorbehalte auf beiden Seiten, wahlrechtliche Fragen, Breitseiten der rechten Presse.

Hübner und Strohschneider setzen neben ihren Parforceritt durch die Geschichte aber auch so manches Fragezeichen. Ist nicht die neue LINKE »weniger ein Rettungsboot für die alte PDS als vielmehr für Oskar Lafontaines Verständnis von sozialdemokratischer Politik?« Ihr – fragwürdiges – Fazit: Die Zukunft der LINKEN »liegt in der Lücke«.

Wolfgang Hübner,
Tom Strohschneider
Lafontaines Linke
Ein Rettungsboot für den Sozialismus?
Das Buch zur Fusion
Karl Dietz Verlag Berlin 2007
288 Seiten, 21 Abb., Broschur
14,90 Euro
ISBN 978-3-320-02120-7

Einfach leben – hüben wie drüben

Zwölf Doppelbiographien

Einfach leben – HÜBEN WIE DRÜBEN? Erika Maier hätte nicht nach Meiningen und Augsburg fahren müssen, nicht nach Chemnitz und Hamburg, um zu erfahren, dass die gesellschaftlichen Bedingungen in Ost und West das Leben der Menschen beeinflusst haben – und fast zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer noch immer beeinflussen!

Es gibt aber auch eine andere Wahrheit. Was Ärztinnen, Handwerker, Pfarrer in diesem Buch erzählen, ist etwas ganz Persönliches. Sie sprechen über ihre Lebenspläne, ihre Ideale, ihre Träume – und ob sich diese im Beruf, in der Familie und für ihr Land erfüllt haben. Wie war der Alltag der Architektin, der Bäuerin in der DDR, wie der Alltag der Architektin, der Bäuerin in der alten Bundesrepublik? Was hat sie behindert, was gefördert; was lag an den gesellschaftlichen Verhältnissen, was an ihnen selbst? Wie leben sie heute und was denken sie inzwischen über ihr Land?

Da gab es Chancen und Grenzen. Der eine konnte die Chancen nutzen und seine individuellen Lebensentwürfe verwirklichen. Der andere ist an Grenzen gestoßen und hat unter ihnen gelitten – HÜBEN WIE DRÜBEN.

Erika Maier
Einfach leben
Hüben wie drüben
Karl Dietz Verlag Berlin 2007
218 Seiten, Broschur, 12,90 Euro
ISBN 978-3-320-02121-4

DIE LINKE
Wohin verändert sie die Republik?

Michael Brie,
Cornelia Hildebrandt,
Meinhard Meuche-Mäker
(Hrsg.)
DIE LINKE
Wohin verändert sie die Republik?
Texte 40 der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Karl Dietz Verlag Berlin 2007
317 Seiten, Broschur
19,90 Euro
ISBN 978-3-320-0123-8

Alle Parteien bereiten den Wahlkampf 2009 vor und entwickeln Strategien darüber hinaus. Die SPD löst sich vorsichtig von der Agenda 2010 und spricht wieder vom demokratischen Sozialismus. Nicht mehr die »Neue Mitte«, sondern eine »solidarische Mehrheit« ist die Zielgruppe, so ihr Vorsitzender Kurt Beck. Diese Mehrheit gibt es rein rechnerisch, jedoch ohne gemeinsames Projekt.

Michael Brie sieht zwei mögliche gesellschaftliche Mehrheiten: eine solidarische und eine marktliberal-autoritäre. Daher müsse das zentrale strategische Ziel der Partei DIE LINKE die Schaffung von Mehrheiten für einen Richtungswechsel sein. Die Analyse politischer Milieus, die er aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung übernimmt und hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Bündnisfähigkeit weiterdenkt, führt er zu folgenden Thesen: erstens: die oberen gesellschaftlichen Gruppen in marktliberale und eine soziale Richtung gespalten sind, die unteren Gruppen vereint – sie sind deutlich sozial und in bestimmtem Maße autoritär orientiert; zweitens: die Parteien, die die unteren Gruppen gewinnen, ohne ihre Basis in den oberen Gruppen zu verlieren, können über stabile Mehrheiten verfügen; drittens: auf der Basis ein und derselben gesellschaftlichen Einstellungen können gegensätzliche Mehrheiten geschaffen werden: Mehrheiten, die für marktliberale und autoritäre Richtung stehen, oder eben für eine soziale und demokratische Richtung.

DIE LINKE braucht als eine von mehreren Kräften für einen politischen Richtungswechsel mehrheitsfähige Alternativen. Die Chance hierfür – so Dietmar Bartsch in seinem Beitrag sei eine zutiefst innersozialdemokratische: »Ausgrenzung und Ausschluss oder Kooperation mit der LINKEN?«. Ein Linksbündnis wächst aus der Gesellschaft, nicht aus machtpolitischen Spielereien, erklärt er. D.h. sie wäre zum Untergang verurteilt, würde sie vergessen, dass sie ihren Aufschwung der Empörung in der Wählerschaft über sozialdemokratische Verbiegungen und ihrer Kaninchenstarre vor der wachsenden Macht der privaten Profitinteressen verdankt.

Meinhard Meuche-Mäker zeichnet auf der Basis von leitfadengestützten Experteninterviews ein ungeschminktes Bild von den Denkweisen und Haltungen von führenden Akteuren der beiden fusionierten Parteien. Gefragt wurde nach den Schwierigkeiten und Konflikten im Zusammengehen, dem Selbstverständnis, den strategischen Ansätzen, nach der Unterschiedlichkeit der Akteure und ihrer politischen Kultur, der Ost-West-Differenz, dem Wirken der Bundestagsfraktion und ihren Repräsentanten. Bemerkenswert sind die unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Grundorientierungen, Erfahrungen und Handlungsoptionen der beteiligten Akteure.

DIE LINKE braucht als eine von mehreren Kräften für einen politischen Richtungswechsel mehrheitsfähige Alternativen.

Ein zentraler Konflikt bleibt die Regierungsbeteiligung, die Cornelia Hildebrandt am Beispiel Berlin darstellt. Kann man in Regierung zugleich gesellschaftskritische Opposition sein? Geht linkes Regieren? Was ist mit den Privatisierungen? Dieter Klein beschäftigt diese Frage grundsätzlicher: Kann es Gründe für den Verkauf von Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge geben und welchen Kriterien sollten den Auseinandersetzung um unterschiedliche Eigentumsformen zugrunde liegen?

Ein anderes Problem der Berliner war die wachsende Entfremdung zwischen Partei und Landespolitik. Rainer Ferchland beschreibt das an Hand der Mitgliederbefragung der Berliner Linken in Marzahn-Hellerdorf. Außerdem verweist er auf Probleme ostdeutscher Landesverbände. Wie bleibt eine alternde Partei in einer alternden Gesellschaft handlungsfähig? Allgemeiner beschreibt dies Dietmar Wittich mit Blick auf die Wählerschaft der neuen Partei. 14,2 Prozent ihrer Wählerschaft kommen aus der SPD, 11,7 Prozent aus dem Nichtwählerlager und über 50 Prozent haben sie 2005 wiedergewählt. Aber 18 Prozent wollen sie

nicht mehr wählen, darunter viele Frauen. Bei den zugewanderten Gruppen ragen die Anteile an Männern und Angestellten, älteren Gruppen und Rentnern von der SPD sowie Angehörige mittlerer und höherer Bildungsabschlüsse heraus.

Der Beitrag von Wolfgang Dreibus, Matthias Hinze und Axel Troost verweist auf neue konzeptionell-gewerkschaftliche Kompetenzen der Partei vor dem Hintergrund, dass der SPD »das Sensorium für Veränderung von Lebenswirklichkeiten und Interessenlagen abhängig Beschäftigter« verlorenging. Die Signale der gewerkschaftlichen Basis wurden »nicht verarbeitet«. Nun habe DIE LINKE eine Situation geschaffen, in der die Forderung nach Mindestlohn in den Gewerkschaften Allgemeingut und dann von der SPD aufgegriffen wurde. Das verändere auch die strategische Grundsituation in Deutschland. Katja Kipping beschreibt die »Gipfelproteste 2007 als einen gelungenen Start für DIE LINKE«, in dem das zu Recht eingeforderte Bündnis zwischen Parteien und sozialen Bewegungen erfolgreich funktioniert hat. Dies sei ein Quantensprung und zeigte DIE LINKE als »Bewegungspartei«.

»Was in Bremen geschieht, kommt früher oder später auch anderswo«, erklärt Christoph Spehr in seinem Beitrag. Bremen zeigte, dass sich jene Strategien bewähren, die den politischen Raum besetzen, Vorurteile zerstreuen, die Vielzahl von Zielgruppen berücksichtigen und bedenken, dass Gegenmacht-Strategien der Unterdrückten komplexer sind als Parteiführungen es wahrhaben wollen. Und: »Wer das Volk mobilisieren will, muss mit dem Volk reden, ernsthaft und auf Augenhöhe«.

So wird man in Bremen zwar nicht Volkspartei, »aber Partei des Volkes«. Ob DIE LINKE diesem Maßstab gerecht wird, muss sie noch beweisen. Erste Voraussetzungen hat sie geschaffen.

Bordieu und die Linke

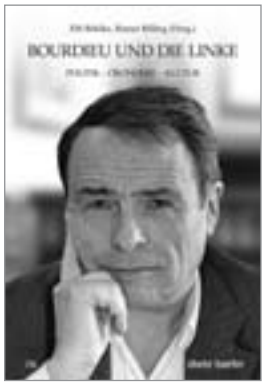
»Ich war eigentlich nie ganz davon überzeugt, mit gutem Recht die Rolle eines Intellektuellen auszufüllen. Und ich habe stets versucht und versuche es noch hier, meinem Denken alles auszutreiben, was, wie der philosophische Intellektualismus, mit diesem Status verbunden sein kann.«

Pierre Bourdieu

Pierre Bourdieu (1930–2002), einer der wichtigsten Vertreter der modernen Sozialwissenschaften, hat mit seinem umfangreichen Œuvre Wissenschaftsgeschichte geschrieben: Wesentliche Begriffe, wie das Feld, der Habitus oder auch die symbolische Macht, sind durch ihn um- oder neugeprägt worden.

Seine Analysen unterschiedlichster Felder der heutigen Gesellschaften – seien es das ökonomische, das politische oder das kulturelle Feld – zielten immer auch auf die Aufdeckung der verborgenen Widersprüche, Ungleichgewichte und Herrschaftsverhältnisse ab. Analyse und Kritik des Bestehenden gingen insofern Hand in Hand. Gegen Ende seines Lebens trat Bourdieu mehr und mehr als engagierter Intellektueller auf, unterstützte mit Wort und Tat linke soziale Bewegungen in Frankreich selbst sowie im globalen Kontext.

Dieser Band versammelt sechzehn Autoren und Autorinnen aus Frankreich, den USA und der Bundesrepublik Deutschland, die großenteils an einem zweitägigen deutsch-französischen Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang 2007 mitwirkten. Titel der Tagung war: Ein weites Feld: Die Linke und Bourdieu. Zusätzlich aufgenommen wurden in den Band ein Gespräch, das Effi Böhlke 1991 mit Pierre Bourdieu führte, ein ebenso grundsätzlicher wie aktueller Text Bourdieus zur Frage der politischen Repräsentation sowie seine Intervention aus dem Jahre 2000 »Für eine europäische Aufklärung«, die Aufschluss über seine Positionierung als Intellektueller gibt und für eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfasst wurde.



Effi Böhlke,
Rainer Rilling (Hrsg.)
Bourdieu und die Linke
Politik – Ökonomie – Kultur
Schriften 15 der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Karl Dietz Verlag Berlin 2007
320 Seiten, Pappband
19,90 Euro
ISBN 978-3-320-02112-2

HERAUSGEBER

Effi Böhlke, Jahrgang 1963, Dr. phil., freie Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Arbeitsschwerpunkte: Politisches Denken in Frankreich und Russland

Rainer Rilling, Jahrgang 1945, Prof. Dr., Soziologe an der Universität Marburg, arbeitet im Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Aktueller Arbeitsschwerpunkt: Internationale Beziehungen (USA; Imperialität), Kapitalismusanalyse (Eigentumstheorie), www.rainer-rilling.de

»Die kapitalistische Produktionsweise hat das Eigentümliche, daß für sie die menschliche Konsumtion, die in jeder früheren Wirtschaftsform Zweck war, nur ein Mittel ist, das dem eigentlichen Zweck dient: der Anhäufung von kapitalistischen Profit. Das Selbstwachstum des Kapitals erscheint als Anfang und Ende, als Selbstzweck und Sinn der ganzen Produktion. Das Hirnverbrannte dieser Verhältnisse kommt aber in dem Maße erst zum Vorschein, wie sich die kapitalistische Produktion zur Weltproduktion auswächst. Hier, auf dem Maßstabe der Weltwirtschaft, erreicht das Absurde der kapitalistischen Wirtschaft seinen richtigen Ausdruck in dem Bilde einer ganzen Menschheit, die unter furchtbaren Leiden im Joche einer von ihr selbst unbewusst geschaffenen Gesellschaftsmacht, des Kapitals, stöhnt. Der Grundzweck jeder gesellschaftlichen Produktionsform: die Erhaltung der Gesellschaft durch die Arbeit, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, erscheint erst hier völlig auf den Kopf gestellt, indem die Produktion nicht um der Menschen, sondern um des Profits willen auf der ganzen Erdkugel zum Gesetz und die Unterkonsumtion, ständige Unsicherheit der Konsumtion und zeitweise direkte Nichtkonsumtion der enormen Mehrheit der Menschen zur Regel werden.«

Rosa Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie, 1909/1916 (GW Band 5)